



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 22. Sitzung Sitzungsteil Nichtöffentlich - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 26. Januar 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.300
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt

Seite

Zeugenvernehmung

Marcus Grotian

Vorsitzender des Patenschaftsnetzwerks
Afghanische Ortskräfte
(Beweisbeschluss Z-10)

siehe Stenogr. Protokoll 20/22 I

O. W.

Sachgebietsleiter „Auswertung Afghanistan
Militär, Sicherheitslage, Militante Opposition“
des BND
(Beweisbeschluss Z-18)

9

Zeugenvernehmung Geheim
siehe Stenogr. Protokoll 20/22 III

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich



Nichtöffentlich



Nichtöffentlich



Nichtöffentlich



Nichtöffentlich

(Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16.46 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass Sie alle den Raum gefunden haben. Wir setzen die Beweisaufnahme mit der nichtöffentlichen

**Vernehmung des Zeugen
O. W.**

fort.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr W. - so spreche ich Sie jetzt an -, Sie haben den Erhalt der Ladung am 22. Dezember 2022 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Frau Rechtsanwältin Dr. Stefanie Schork, Platz genommen. Ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Wir kennen uns schon. Ich wiederhole meinen Hinweis, dass Sie, wie Sie wissen, den Zeugen beraten können, aber kein eigenes Rede- und Fragerecht haben. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung beantragen.

Für alle, die das zum x-ten mal hören, füge ich hinzu: Das muss jedes Mal vorgetragen werden, sich jedes Mal im Protokoll wiederfinden; sonst wird der Vorsitzende gerügt. Das möchte ich gerne vermeiden.

Haben Sie dazu Fragen?

(RAn Dr. Stefanie Schork
schüttelt den Kopf)

Dann bin ich zunächst gehalten, Herr W., Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in ihrer Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge O. W.: Nein, keine.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Ich bedanke mich auch bei den Protokollanten, die ihre Arbeit hier immer schnell und zuverlässig erledigen.

Deshalb ist es wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Nun mein letzter Hinweis an den Zeugen: Wir sind zwar hier in einem abhörgeschützten Sitzungssaal. Der Ausschuss hat sich jedoch darauf



Nichtöffentlich

geeignet, für Ihre Vernehmung zunächst nur die Öffentlichkeit auszuschließen, aber die Sitzung vorerst nicht mit einem Geheimhaltungsgrad zu versehen.

Sollten Sie daher während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren Kenntnis durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich füge aber auch hier hinzu, dass das ein Regel-Ausnahme-Verhältnis ist und dass im Grundsatz der Untersuchungsausschuss verpflichtet ist, Sachverhalte aufzuklären, mit denen er auch arbeiten kann, und wir ja deswegen die Öffentlichkeit auch ausgeschlossen haben, um Sie zu schützen und Ihre Identität, aber nicht um möglichst viel in höher eingestuften Sitzungen zu machen, sondern nur das Notwendige. Das will ich ausdrücklich hier feststellen, weil wir gelegentlich darüber ja im Dialog sind, was wie eingestuft werden soll. Das Interesse des Ausschusses, auch unsere Pflicht und meine Pflicht als Vorsitzender, dafür zu sorgen, dass das möglichst gelingt, ist, möglichst viel, was das Parlament als höchstes Organ uns aufgetragen hat, auch erledigen zu können. Das will ich hier zu Beginn einfach noch mal gänzlich unjuristisch, aber bezogen auf unseren Auftrag feststellen.

Haben Sie noch Bemerkungen zu diesen Hinweisen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Anfangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den

Mitgliedern des Ausschusses befragt. Das geschieht nach der Stärke der Fraktionen. Das heißt also, die Länge des Fragerechts richtet sich nach der Stärke der Fraktion.

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen - das ist ein bisschen komisch -, aber mit der Abkürzung Ihres Namens, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge O. W.: Ja. Ich bin der Zeuge O. W. Meine ladungsfähige Anschrift ist 10115 Berlin, Chausseestraße 96 bis 97. Das ist die ladungsfähige Anschrift des Bundesnachrichtendienstes.

Ich bin 62 Jahre alt und bin seit 01.04.2022 in Pension. Ich war vorher Sachgebietsleiter, und mein Sachgebiet hatte die Aufgabe, die Sicherheits- und Bedrohungslage in Afghanistan zu bewerten und zu berichten. Seit 01.09.2022 arbeite ich in Teilzeit wieder beim Bundesnachrichtendienst, hier allerdings nicht mehr in der Auswertung oder mit auswerterischen Aufgaben, sondern rein in administrativen und Organisationsaufgaben. - Das vielleicht zu meiner Person und dem Stand.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr W., Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge O. W.: Ich würde kein Eingangsstatement abgeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann haben die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu stellen. Werden dabei Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Ich verzichte auf die Eingangsfragen, und damit geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion, an den Kollegen Jörg Nürnberger.



Nichtöffentlich

Jörg Nürnberger (SPD): Guten Abend, Herr Zeuge! - Wie auch vergangene Woche erspare ich mir das Ansprechen mit „O. W.“, wenn Sie damit einverstanden sind.

(Der Zeuge nickt)

Wir haben gerade gehört, Sie waren im gesamten Untersuchungszeitraum - und bitte korrigieren Sie mich, wenn ich etwas Falsches sage - Leiter des Sachgebietes LBAE, Auswertung Afghanistan, insbesondere mit Blick auf Militär, Sicherheitslage und die militante Opposition. Ich würde Sie am Beginn dieser Befragung kurz nach der Struktur des Referates LBA, Analyse und Berichterstattung zu Afghanistan/Pakistan, fragen wollen. - Können Sie uns diese Struktur kurz darstellen?

Zeuge O. W.: Ja. - Das Referat hatte drei Sachgebiete und war zuständig für die Bearbeitung der Länder Pakistan - das war ein Sachgebiet -, und zwei Sachgebiete haben Afghanistan bearbeitet: Mein Sachgebiet mit Sicherheits- und Bedrohungslage, und mein, ich nenne es mal, Schwesetersachgebiet hat die politische und wirtschaftliche Lage in Afghanistan bearbeitet. Geführt wurde das Ganze durch den Referatsleiter.

Ich kann vielleicht noch ergänzen, dass mein Sachgebiet zur Beurteilung der Sicherheits- und Bedrohungslage insgesamt vier Teams hatte. Warum? Wir mussten einerseits die Taliban bewerten, in ihren politischen Strukturen, in ihren militärischen Fähigkeiten. Wir mussten als Zweites die afghanischen Sicherheitskräfte in unsere Betrachtung einbeziehen, also ihre Leistungsfähigkeit, ihre Strukturen. Daraus ergab sich dann, aus deren Aktivität, natürlich die Sicherheits- und Bedrohungslage, die ein Team dann bearbeitet hat, also: Wie kommen die Taliban voran? Wie sind die Operationen? Wie wirkt sich das Ganze aus? Wie ist die Bedrohungslage gerade für unsere Soldaten im Einsatzgebiet, aber natürlich auch für die Auslandsvertretung und andere deutsche und Koalitionskräfte im Land?

Dann hatten wir noch ein viertes, kleines Team. Dieses Team hat bearbeitet sogenannte Staatsschutzangelegenheiten, haben wir es genannt.

Das waren, beispielhaft kann ich sagen, Anfragen zum Beispiel des Generalbundesanwalts zu Personen, wo Ermittlungen liefen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. Das beantwortet mir auch die drei folgenden Fragen. - Als vierte Frage würde ich Ihnen dann stellen: Wie lief die Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet LBAA, das zuständig war für die Auswertung von Politik und Wirtschaft in Afghanistan? Hat man sich da regelmäßig abgestimmt? Hat man die Informationen ausgetauscht? Wenn Sie bitte beschreiben könnten, wie das funktioniert hat.

Zeuge O. W.: Ja. - Der Austausch mit dem Sachgebiet LBAA war der intensivste überhaupt. Wir saßen täglich zu Besprechungen zusammen. Wir haben täglich bestimmte Themen, die gerade in der Bearbeitung waren, abgestimmt. Wir saßen auch alle auf einem Flur. Es gab auch zwischen unseren Mitarbeitern und den Mitarbeitern LBAA ständigen Kontakt. Eins der Sachgebiete war immer zuständig für die Federführung an einem bestimmten Thema, und das andere Sachgebiet hat dann dort zugearbeitet oder mitgezeichnet. Es ging natürlich auch über die Zusammenarbeit mit LBAA hinaus, wenn es Themen waren, die auch in andere Bereiche gingen, zum Beispiel internationaler Terrorismus.

Jörg Nürnberger (SPD): Wie wurde dann am Ende die Auswertung koordiniert? Gibt es da bestimmte Verfahren, die angewendet wurden, damit man am Ende zu einheitlichen Lagebildern für das Berichtswesen gekommen ist?

Zeuge O. W.: Es wurde in erster Linie dadurch koordiniert, dass ein Fachbereich zuständig war, je nach Thematik. Also wenn es um die Frage ging: „Wie ist die Zusammensetzung der Regierung?“, dann lag dort die Federführung; wenn es Themen waren, die im Bereich der Sicherheitslage waren, zum Beispiel: „Wie sind die Taliban strukturiert?“, dann lag die Federführung bei uns, und die anderen haben zugearbeitet. Wichtig war uns immer, auch andere Meinungen zu hören, um dort nicht in eine bestimmte Richtung abzuweichen. Deswegen war es immer ganz wichtig, auch in Besprechungen sich abzustimmen oder erst mal festzustellen, wie sind die Bewertungen,



Nichtöffentlich

um dann abzustimmen: Wie gehen wir in die Berichterstattung? Letztendlich hatte das federführende Sachgebiet dann das Say oder natürlich dann der Referatsleiter, der letztendlich die Berichterstattung freigegeben hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Ganz allgemein gefragt, ohne jetzt da auf spezielle Sachverhalte Bezug zu nehmen: Gab es auch unterschiedliche Bewertungen, die man dann hat besprechen müssen und ausgleichen müssen, um am Ende zu einer gemeinsamen Bewertung zu kommen?

Zeuge O. W.: Ja, die gab es, weil natürlich der Blickwinkel aus dem Bereich der Sicherheitslage ein anderer war wie aus dem Bereich der politischen Lage. Gerade bei den Szenarienanalysen, die wir gemacht haben - also sehr aufwendige Analysen, welche Szenarien in Zukunft für Afghanistan wichtig sind; vielleicht kommen wir da ja noch mal drauf -, war natürlich die Frage: Was überwiegt: die Stärke der Taliban oder der Zusammenhalt der Regierung, also des politischen Teils? Und diese Dinge wurden dann kontrovers auch teilweise diskutiert. Aber nachher gab es halt eine Berichterstattung, die dann ein konsolidiertes Ergebnis brachte.

Jörg Nürnberger (SPD): An der Stelle würde mich als Nichtfachmann für Nachrichtendienste die Frage interessieren: Können Sie begrifflich die Begriffe „Auswertung“ und „Berichterstattung“ abgrenzen? Wie kommt man von der Auswertung zur Berichterstattung? Oder sind es Begriffe, die sich ergänzen?

Zeuge O. W.: Ich würde es mal so formulieren: Die Berichterstattung ist das Ergebnis der Auswertung. Der Auswerteprozess bezieht sich auf unser Aufkommen, das wir bewerten, zusammensetzen, analysieren und da ein Lagebild generieren. Und wenn wir ein Lagebild haben und meinen, wir haben einen Sachverhalt, den es sich lohnt unserem Bedarfsträger zu übermitteln, also der Bundesregierung oder dem Generalbundesanwalt oder wem auch immer, dann wird draus die Berichterstattung. Also, die Auswertung ist praktisch die Analyse des Aufkommens,

was wir bekommen, und dann die Berichterstattung ist praktisch die Weitergabe an unsere Bedarfsträger.

Jörg Nürnberger (SPD): Und in der Sprache der modernen Technokraten gibt es dann am Ende sogenannte Produkte?

Zeuge O. W.: Richtig.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir sind in unseren Unterlagen darauf gestoßen, dass es Meldungen gibt, die BND-Morgenunterrichtung, Nachrichtendienstliche Lage im Bundeskanzleramt, schriftliche Antworten auf Anfragen. Wurden alle diese Produkte in ihrer Gesamtheit bei Ihnen, in Ihrem Referat erstellt? Oder haben da andere Referate auch mitgearbeitet, sofern es sich natürlich auf Afghanistan bezieht?

Zeuge O. W.: Erst mal: Das ist ein Ausschnitt der Produkte, die es gibt. Diese Produkte sind durch unseren Zentralbereich, der für die einheitliche Berichterstattung des Bundesnachrichtendienstes verantwortlich ist, festgelegt, also wie eine Analyse aussehen muss, wie eine Meldung aussehen muss, wie andere Produkte aussehen müssen. Wir haben dann immer entschieden: Machen wir eine Analyse, also etwas Größeres, ist es eine kurze Meldung, oder ist es zum Beispiel ein taktischer Lagebeitrag, der ganz konzentriert auf einen bestimmten Abnehmerkreis der Bundeswehr gerichtet war?

Bei den Produkten selbst - ich hatte ja schon angesprochen die enge Verzahnung mit LBAA - haben natürlich auch andere Referate mitgearbeitet, die bestimmte Aufgaben hatten. Ich hatte schon angesprochen den Bereich „Internationaler Terrorismus“, ein eigener Arbeitsbereich. Die haben bearbeitet IS in Afghanistan, weil der IS halt eine internationale Terrororganisation ist und wir für die regionale Bearbeitung zuständig waren.

Ein zweiter, ganz wesentlicher Bereich gerade in dieser Phase war der Bereich, der die USA bearbeitet hat. Wir klären ja nicht gegen die USA auf - das ist ja nicht vorgesehen -, aber wir haben zumindest einen Bereich, der sich die öffentlich zugänglichen Dinge anguckt und daraus versucht



Nichtöffentlich

Informationen zu generieren, die dann - - Das war natürlich gerade in dieser Phase des Abkommens US-Taliban usw. ein wesentlicher Bereich.

Zusätzlich muss man noch hinzuzählen, dass natürlich auch die Nachbarstaaten und die anderen großen Player, die diese bearbeitet haben, also russische Außenpolitik zum Beispiel, auch zu-gearbeitet und mitgearbeitet haben an diesen Pro-dukten, wenn das Thema es verlangt hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gibt ja durchaus Hin-weise, dass umgekehrt die USA durchaus gern mal nachrichtendienstliche Mittel auch einsetzen gegenüber Partnern. - Aber wieder zurück zu un-serem Untersuchungsgegenstand. Die Produkte, die Sie dann erstellt haben, sind die von Ihnen verantwortet worden, oder mussten da andere Ebenen in der Hierarchie des BND noch mit-zeichnen?

Zeuge O. W.: Die Verantwortung für den fachli-chen Inhalt hatte der Referatsleiter. Aber ich habe als Sachgebietsleiter das, wo wir die Federfüh-rung hatten, geprüft und freigegeben. Dann hat der Sachgebietsleiter* das freigegeben, und dann wurde es noch redaktionell, organisatorisch durch den Zentralbereich geprüft. Die Bericht-erstellung wurde dann auch der Vizepräsidentin vorgestellt. Die hätte noch eingreifen können, wenn sie gewollt hätte, wenn irgendwas nicht schlüssig gewesen wäre. Aber der Referatsleiter ist die Ebene, die für den fachlichen Inhalt zu-ständig ist.*

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben gerade in Ihrer Antwort den Konjunktiv benutzt: „hätte ... ein-greifen können“. Gab es tatsächlich Situationen, wo von übergeordneten Leitungsebenen beson-dere Anforderungen an die Berichte gestellt wor-den sind oder Sie, um es mal ganz konkret zu for-mulieren, gebeten wurden, Inhalte abzuändern? Oder hat man sich da auf Ihre fachliche Arbeit verlassen?

Zeuge O. W.: Dazu kann ich sagen: Erst mal: Un-ser Selbstverständnis war, das zu berichten, was wir im Lagebild hatten, weil das ein ganz wichti-ger Punkt war und wir dort auch immer eine Rü-

ckenstärkung des Kanzleramts hatten. Ich erin-nere mich selbst daran, beim Vortrag beim Staats-sekretär Geismann, dass er sagte: Wir müssen uns ehrlich machen. Wir wollen vom BND das hören, was Sie haben, und nicht das, was in Ressorts vielleicht gewünscht wird. - Ich kann mich nicht dran erinnern, dass wir Dinge ändern mussten. Es gab manchmal Rückfragen, wie was zu verste-hen ist oder wenn es vielleicht mal von der einen zur nächsten Berichterstattung so leichte Unter-schiede gab, weil sich die Lage entwickelt hatte - das ja. Aber ich kann mich nicht dran erinnern, dass irgendeine Berichterstattung inhaltlich, ich sage mal, umgedreht wurde oder so verändert wurde, dass es wir es nicht wiedererkannt haben oder hätten.

Jörg Nürnberger (SPD): Meine Frage bezog sich auf die Ebenen innerhalb des BNDs. Aber sicher gab es doch auch - - Zu suggestiv formuliert. Gab es Nachfragen der Bedarfsträger zu einzelnen Thematiken, die Sie in Ihren Berichten bearbeitet haben? Sie haben ja zum Teil schon dargestellt, dass es durchaus mal Rückfragen gab. Die kön-nen ja nicht nur innerhalb des Hauses entstanden sein, sondern eben auch durch die Bedarfsträger.

Zeuge O. W.: Ja. Wir hatten mit unseren Haupt-bedarfsträgern - das waren insbesondere das BMVg SE I 3 und das Einsatzführungskom-mando, was den militärischen- und Sicherheits-lage teil anging - ein weitgehend deckungsgl-eiches Lagebild. Das hat sich über den gesamten Zeitraum, Untersuchungszeitraum, eigentlich be-stätigt. Ich weiß noch, dass der stellvertretende Generalinspekteur in der Sitzung - - oder im Pro-tokoll steht: Wir stimmen der Beurteilung der Lage des BND vollumfänglich zu.

Oder als zweiter Punkt: Wir haben die Lage-bewertung auch oft mit Karten versehen. Ich glaube, Sie kennen diese Karten alle.

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch)

Die haben wir erstellt, und das BMVg hat die eins zu eins in ihre Berichterstattung in der UdP über-nommen. Ich glaube, das ist ein Zeichen, dass wir dort ein sehr gleiches Lagebild hatten.



Nichtöffentlich

Es gab natürlich Rückfragen, wie bestimmte Dinge zu verstehen sind, und es gab - nicht strukturell oder in der Organisation, aber auch mal im Einzelnen - Kritik an unserer Berichterstattung. Wir haben es dann immer so gemacht, dass wir da Besprechungen einberufen haben und die Dinge dann aufgearbeitet und geklärt haben. - Das ist vielleicht der Punkt, den Sie meinten. Aber es wurde nie eine Berichterstattung im Nachgang verändert oder geändert. Das war nicht der Fall.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich würde mich gern in den letzten Minuten, die mir noch zur Verfügung stehen, auf die Frage konzentrieren wollen, wie das Zusammenspiel zwischen Beschaffung und Auswertung funktioniert hat. Beschaffung muss vor Ort passieren, mit den entsprechenden nachrichtendienstlichen Mitteln. Die Auswertung passiert ja ganz offensichtlich hier in Berlin oder an anderen Standorten, aber jedenfalls innerhalb des BND und nicht vor Ort. Können Sie uns beschreiben, wie diese Arbeitsprozesse vonstattengegangen sind, wer wen beauftragt hat, wie man sich da abgestimmt hat, wie man dort Schwerpunkte gebildet hat? Weil es wird ja sicher nicht so sein, dass immer alles und jederzeit gleichzeitig beobachtet werden konnte.

Zeuge O. W.: Ja. Eine meiner Aufgaben war es natürlich, die Bedarfsträgerforderungen, also die Themen, die wir bearbeiten sollten, die sich ja ableiten aus dem Aufklärungsplan der Bundesregierung, umzusetzen für unsere Arbeit in unsere Aufklärungsforderungen. Das war eine Schwerpunktaufgabe mit. Das erfolgte so, dass wir aus den Bedarfsträgerforderungen uns Fragenkataloge erstellt haben: Was müssen wir wissen, wenn - ich sage mal als Beispiel - das Auswärtige Amt wissen will, wie agieren die politischen Führer? Das war mein - - Das Sachgebiet LBAA jetzt an dem Beispiel - - aber zum Beispiel die Talibanführung.

Wir haben dann einzelne Fragen erstellt, diese dann auch aufgeteilt in die Beschaffungsarten - wir haben ja nicht nur HUMINT-Beschaffung, der Zeuge H. war ja hier, sondern auch Elo-, also SIGINT-Aufklärung und andere Dinge - und haben diese dann schriftlich dort hingegeben.

Wir haben das Ganze ergänzt durch sogenannte Verzahnungen. Verzahnung war, dass man sich zusammengesetzt hat in, ich sage mal, regelmäßigen Abständen und diese Dinge noch mal besprochen hat. Wir haben noch mal dargestellt: Was wollen die Bedarfsträger von uns wissen, was sind unsere Fragenkataloge? Und die Beschaffung hat dann dargestellt oder wir haben diskutiert: Wie können wir es machen, wo müssen wir neu ansetzen usw.? Das waren dann sehr intensive Besprechungen.

Wir hatten auch ereignisbezogene Besprechungen, also wenn mal irgendwas Besonderes passiert ist, um dort unseren Bedarf darzustellen. Und wir haben eine morgendliche Besprechung bei uns - ich glaube, so viel kann ich sagen -, an der auch immer ein Teilnehmer - oder fast immer - aus der Beschaffung teilgenommen hat, aus der HUMINT-Beschaffung, sodass der also schon morgens mitbekommen hat: Wo geht die Reise hin? Was ist aktuell? Gab es einen Anschlag? Was müssen wir machen? Es war also eine sehr enge Verzahnung. Eine ähnlich enge Verzahnung gab es mit der SIGINT, also mit der Aufklärung in diesem Bereich, -

Jörg Nürnberger (SPD): Akustisch habe ich es nicht verstanden.

Zeuge O. W.: - mit der signalerfassenden Aufklärung.

Jörg Nürnberger (SPD): Signal Intelligence.

Zeuge O. W.: Ja. - Auch dort gab es Verzahnungen, wo wir uns getroffen haben, wo wir unseren Bedarf dargestellt haben, gehört haben: Was ist leistbar, und wie können wir Dinge umsetzen?

Jörg Nürnberger (SPD): Weil Sie das jetzt gerade so sehr anschaulich dargestellt haben: Es gibt ja auch vor Ort in Kabul die Residentur des BND. Hat man auch diese dort eingesetzten Kräfte mit eingebunden in diesen Prozess?

Zeuge O. W.: Meine Mitarbeiter haben jeden Morgen mit der Residentur telefoniert und auch, wenn es bestimmte Ereignisse gab. Wir selbst ha-



Nichtöffentlich

ben auch mal die Residentur besucht, um zu wissen, wie dort die Arbeit ist. Aber der Kern war das tägliche morgendliche Telefonat, weil wir gerade noch bis zum Ende des Einsatzes auch uns täglich - - oder täglich mit dem BMVg telefoniert haben. Und um dort aktuelle Lagebilder aus Afghanistan zu haben, hat also immer ein Mitarbeiter jeden Morgen mit der Residentur gesprochen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Rederecht wechselt zur Union, zum Kollegen Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Zeuge, für die bisherigen Ausführungen. - Ich würde sozusagen bei diesen Fragen anschließen. Wie hoch war denn der Anteil der Kollegen, die eine der in Afghanistan vorkommenden Sprachen gesprochen haben oder auch Regional-spezialisten vom beruflichen Hintergrund her waren?

Zeuge O. W.: Vielleicht zum zweiten Teil zuerst. Wir hatten eine Reihe von Wissenschaftlern, die Islamwissenschaften oder vergleichbare Dinge studiert hatten. Wir hatten Soldaten, die selbst in Afghanistan im Einsatz waren, gerade im Bereich der Sicherheits- und Bedrohungslage, die also das aus eigener Anschauung auch kannten. Wir hatten einen Mitarbeiter, der eine der Sprachen sprach.

Wir haben unser Aufkommen, das wir bekommen haben, in der Regel in Englisch oder Deutsch übersetzt bekommen, weil es auch in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr Übersetzerpools gab, die originalsprachliche Dinge übersetzt haben, oder die Beschaffung hat gleich Personal gehabt, was übersetzt hat, sodass es bei uns nicht notwendig war, Leute zu haben, die die Sprache sprachen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Hat die Covid-Zeit Ihre Arbeitsfähigkeit, also die der Abteilung, beeinträchtigt und, wenn ja, wie?

Zeuge O. W.: Die Covid-Zeit hat unsere Arbeitsfähigkeit teilweise beeinträchtigt. Das lag einerseits daran, dass wir gesagt haben, wir müssen

zwingend sicherstellen, gerade in dem Zeitraum vor den Impfungen, dass unsere Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt. Das hatte für uns zur Folge, dass wir in zwei Schichten gearbeitet haben, die sich nicht begegnet sind. Und wir haben die Möglichkeit gehabt, in einer anderen Liegenschaft noch zu arbeiten. Also, wenn Mitarbeiter ein Projekt hatten oder gerade eine bestimmte Berichterstattung fertig machen mussten, dann konnten sie auch in einer anderen Liegenschaft zeitlich begrenzt arbeiten. Das war aus unserer Sicht zwingend erforderlich, weil wir nicht das Risiko eingehen wollten, dass der gesamte Arbeitsbereich ausfällt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, die auszuwertende Arbeit war beeinträchtigt. - Würden Sie sagen, dass das Quellenaufkommen und die Qualität der Quellen da auch - -

Zeuge O. W.: Vielleicht noch mal zur Auswertung. Die Mitarbeiter haben vieles wettgemacht durch Überstunden und dadurch, dass sie Urlaub aufgespart haben. Also, es war so, dass wir sichergestellt haben, in erster Priorität unsere Aufgaben zu erfüllen im Bereich der Force and Mission Protection, also unser Beitrag zur Sicherheit unseres Einsatzkontingentes oder der Auslandsvertretung. Das war in jedem Fall sichergestellt, und es war auch die strategische Berichterstattung über Entwicklungen im Land sichergestellt.

Wir haben die Berichterstattung etwas reduzieren müssen - das ist klar - in den Bereichen, die für die Sicherheitslage nicht so entscheidend waren, ein bisschen im politischen, ein bisschen im wirtschaftlichen Bereich, das ja. Aber wir haben trotzdem in diesem gesamten Zeitraum über 300 Berichte - also in dem Untersuchungszeitraum - geschrieben, auch während der Covid-Zeit. Und, wie gesagt, wenn Mitarbeiter dort ein bestimmtes Thema vor der Brust hatten und das rausbringen wollten, waren sie auch in einer anderen Liegenschaft, um das zu erstellen.

Die Frage nach der Beschaffung ist natürlich eine Frage an Herrn H., weil er die Beschaffung dort geleitet hat. Wir sind mit dem Aufkommen ausgekommen; aber ich weiß, dass es natürlich



Nichtöffentlich

schwierig war. Es gab keine Kontakte, Reisen waren schwierig usw. Das kann ich sagen. Wie es aber im Detail war, das ist außerhalb meines Bereiches gewesen.

Wir konnten mit dem, was wir bekommen haben, die Bedarfsträgerforderungen so weit decken, dass ich nicht ein Mal gehört habe: Uns fehlt was.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Also sozusagen die Frage nach der Informationsbasis und ob es da irgendwelche Lücken gab, ist somit beantwortet. Okay.

Sie haben schon mal angesprochen vorhin Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten. Können Sie kurz schildern, ob es hier besonders enge Kooperationen gab und wie sozusagen die Rolle dieser Nachrichtendienste für Ihre Arbeit war, auch vom Anteil her?

(ORR Michael Steppan
(BKAmt) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Im Rahmen der Möglichkeiten, wie Sie es beantworten können.

Zeuge O. W.: Soweit ich vielleicht allgemein sagen kann: dass wir natürlich eine enge Kooperation mit den Diensten der Koalitionskräfte hatten - die kennen Sie ja alle -, auch mit anderen. Insgesamt hat der BND ja mit 450 ANDs in 160 Ländern Kooperationen. Und die, die uns wichtig waren, die waren sehr professionell, sehr offen und auch sehr wichtig für unsere Arbeit.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann eine Frage zum Auftragsprofil der Bundesregierung. Es geht aus einer Entscheidungsvorlage an den Präsidenten des BND hervor aus dem Mai 2020 - das wäre MAT A BND-3.54 VS-NfD, Blatt 200 bis 202 -, dass es zu einer Verschiebung des Informationsinteresses der Bundesregierung zu Afghanistan kam. Können Sie sich erklären, warum das sozusagen an diesem Punkt geändert

wurde? War das sozusagen eine routinemäßige Angelegenheit, dass es jährlich überarbeitet wurde? Oder hat Afghanistan vielleicht zu diesem Zeitpunkt die Wichtigkeit aus der Sicht der Regierung etwas verloren und ist dann zurückgestuft worden?

Zeuge O. W.: Könnte ich das Dokument bitte mal sehen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, das sollten Sie machen.

(Sara Nanni (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Könntest
du es bitte noch mal sagen?)

Thomas Erndl (CDU/CSU): MAT A BND-3.54 VS-NfD, Blatt 200 bis 202.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand lesen
in diesen Unterlagen)

Zeuge O. W.: Nach meiner Kenntnis lag es nicht an Afghanistan, sondern es lag daran, dass aufgrund des Mali-Einsatzes die Sahelzone eine höhere Priorität erhalten hat oder dort der Bedarf erhöht wurde und hier Anpassungen vorgenommen werden mussten, weil die Ressourcen halt begrenzt waren. Das lag in Zuständigkeit der Abteilung bzw. der Führungsstelle der Residenturen - und weitere Details kann ich dazu nicht sagen -; aber es lag nicht daran, dass Afghanistan „abgegradet“ wurde, sondern dass da halt ein zweiter Bedarf entstand und die begrenzten Ressourcen geprüft und neu verteilt werden mussten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Nur fürs Protokoll: Also, heruntergestuft, „abgegradet“ sozusagen, runter, meinten Sie jetzt?

Zeuge O. W.: Also, Afghanistan wurde nicht runtergestuft. Das meinte ich.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Genau, okay.



Nichtöffentlich

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mit B, nicht mit einem P.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Genau. - Gab es dann nach dem Doha-Abkommen oder im Laufe des Jahres 2020 eine erneute Anpassung der Priorität nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge O. W.: Nein, also gerade das Doha-Abkommen und die daraus folgenden Ereignisse haben einen hohen Bedarf bei der Bundesregierung, sowohl beim Auswärtigen Amt als auch im Verteidigungsministerium, generiert.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ein Bereich bei Ihnen war auch die Auswertung der militärischen Lage natürlich und der militärischen Fähigkeiten der afghanischen Nationalarmee. Wie konkret und umfassend, würden Sie sagen, war Ihr Lagebild zu den afghanischen Streitkräften? Bis auf welche Ebene konnten Sie Veränderungen bzw. Probleme vollziehen? Und vielleicht können Sie ganz knapp auch schildern aus Ihrer Sicht, was sozusagen die größten Probleme, Herausforderungen der afghanischen Streitkräfte waren.

Zeuge O. W.: Ja, wir hatten insgesamt, glaube ich, ein Lagebild, das uns dazu befähigt hat, konkrete Aussagen über die Leistungsfähigkeit zu machen.

Ein Bereich - das möchte ich mal vielleicht vorweg kurz darstellen - war immer schwierig. Ich habe es immer genannt „Malen mit Zahlen“. Also, Zahlen in Afghanistan ist wirklich ein schwieriges Thema, weil es unterschiedliche Systeme gab. Die Afghanen haben selbst oft Eingaben in die Systeme gemacht. Wir konnten nie oder nicht feststellen, wie valide und wie solide diese Zahlenwerke waren. Das war also immer, ich sage mal, eine Mischung aus Verschiedenen, die wir übereinandergelegt haben, um dann zu einem Ergebnis zu kommen.

Wir hatten durch die Berichterstattung auch der Bundeswehr, die ja zu ihren Aufgaben berichtet hatte, ein relativ gutes Lagebild. Ich glaube, ich darf hier erwähnen, dass wir neben der Residentur auch Verbindungsorgane zur Bundeswehr hatten, die uns unterrichtet haben, die direkten

Kontakt mit den Kommandeuren hatten, mit den J2s hatten, mit den Ausbildern hatten usw. und unser Lagebild dann auch unterstützen konnten.

Insgesamt muss man sagen - das ist natürlich ein großes Thema jetzt -, dass die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen beim Wechsel von ISAF zu Resolute Support der Ausgangspunkt war für die Lageentwicklung, die wir bis August gesehen haben. Das ist ein langer Zeitraum. Und wir hatten bereits kurz nach diesem Wechsel auf Resolute Support - das war vor meiner Zeit - hatten Kollegen geschrieben, dass bei einer sich verringernden Unterstützung der afghanischen Streitkräfte durch die Koalitionskräfte die afghanischen Streitkräfte nicht mehr in der Lage sein werden, die staatlichen Strukturen aufrechtzuerhalten. Das war eine Szenarienanalyse, die 2013 geschrieben wurde, die hieß „Afghanistan 2020“.

Die Karten, die Ihnen eben gezeigt habe, zeigen ja auch dieses Bild, die ständige Zunahme der Bedrohung Afghanistan-weit auf Grundlage der Ausweitung der Kontrolle und des Einflusses der Taliban. Das liegt ja dadrunter, unter diesem Roten.

Die afghanischen Sicherheitskräfte sind nach unserer Bewertung intensiv ausgebildet worden durch die Koalitionskräfte, intensiv unterstützt worden, intensiv geführt worden in ihren Planungen, in dem, was sie machen sollten, konnten sich aber im Endeffekt nachher nicht gegen die Taliban durchsetzen.

Zwei Faktoren, die dabei aus unserer Sicht eine große Rolle gespielt haben, sind einerseits, dass die Personalstärke etwa im Bereich 2015/2016 einen Kipppunkt erreicht hatte. 2015 hatten wir noch mehr Rekrutierungen als Abgänge. 2016 hatte sich das umgekehrt. Da hatten wir das erste Mal mehr Abgänge als Rekrutierungen. Und das setzte sich dann in den Folgejahren 2017, 2018, 2019 fort, sodass die Iststärke immer weiter absank im Verhältnis zur Sollstärke. Also, die Manpower wurde immer weniger. Und wenn ich über Manpower spreche, dann rede ich nicht über den gesamten Bereich von Streitkräften, sondern dann rede ich über Manpower „Boots on the



Nichtöffentlich

Ground“, also die, die im Gefecht stehen. Die Stäbe, das Ministerium und so, die blieben natürlich relativ, weil dort ältere Zeitsoldaten, Berufssoldaten waren; aber gerade in dem Bereich „Boots on the Ground“ gab es dann auch personelle Probleme.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Darf ich nachfragen, wie die Definition „Abgänge“ ist? Sind es sozusagen tatsächlich Verluste im Wesentlichen?

Zeuge O. W.: Das setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen. Die Verluste sind ein Teil, die Verluste im Kampf, dann Desertation, dann die normalen Abgänge; sie haben ja viele Zeitsoldaten gehabt, die ausgeschieden sind. Ja, das waren die drei wesentlichen Punkte: also Ausfälle durch Gefechte, Abgänge durch Entlassung, die sich nicht weiterverpflichtet haben, und, wie gesagt, es gab auch eine gewisse Anzahl, die wir aber nicht namentlich genau nennen können, von Soldaten, die abgängig waren; „Drop from Roll“ wurden die nachher genannt, also man hat sie aus der Payroll, also von der Bezahlrolle, genommen. Manchmal kamen die auch wieder. Das waren so Dinge, die - - Manchmal zur Ernte, ja? Zur Ernte sind die nach Hause gefahren, und dann kamen die wieder. Also, das sind Abgänge, die Gesamtsumme der Abgänge.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen wollte, war die Motivation. Wir hatten ja eigentlich 2016 dann auch - das zeigte sich dann auch in dieser geringeren Rekrutierung - die ersten Hinweise, dass da nicht mehr genug Motivation da war, in die Streitkräfte zu gehen bei einigen, weil die Taliban halt immer weiter vordrangen. Das wurde 2018, als die Verhandlungen zu Doha begannen, noch einmal stärker, weil da haben jetzt die Taliban plötzlich mit den USA verhandelt. Das war für die Afghanen, gerade auch in den Streitkräften, natürlich schwierig. Und das setzte sich dann auch weiter fort, als das Abkommen dann unterzeichnet wurde im Februar 2020.

Dann kam im April 2021 die Abzugsentscheidung durch Biden. Dann wurde - ich glaube, im Juni war es, 2021 - die große Basis der Amerikaner, Bagram, geräumt. Und das waren natürlich

dann Punkte, die die Motivation bei den Streitkräften doch sinken ließ, stark sinken ließ.

Ich möchte aber einen Punkt vielleicht an dieser Stelle schon erwähnen. Das führte nicht dazu, dass jetzt die Streitkräfte komplett ihre Waffen niedergelegt haben. Das haben wir gemerkt, dass lange bis in den August rein, teilweise sogar nachdem Kabul gefallen wurde, noch Einheiten gekämpft haben. Und es ist ein nicht ganz zutreffendes Bild, dass die Streitkräfte immer die Orte aufgegeben haben, die Provinzhauptstädte, und einfach weggelaufen sind. Das war nicht der Fall. Die haben oft lange und intensiv gekämpft, bis sie halt kein Land mehr gesehen haben, bis die Logistik zusammengebrochen war, bis auch die politische Rückendeckung nicht mehr da war.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Die Qualität des Lagebilds wurde ja auch durch das sogenannte Einklappen der Speichen beeinträchtigt. Wie, würden Sie sagen, hat sich das ausgewirkt auf die Frage, wie Sie eben diese Lage, gerade auch vielleicht die Moral der Streitkräfte bewerten konnten?

Zeuge O. W.: Das Einklappen der Speiche war ja auch, ich sage mal, ich glaube, am 30. Juni; ich habe es nicht mehr ganz genau, aber etwa in diesem Zeitfenster. Bis dort hatten wir ja noch Informationen. Wir haben noch Informationen bekommen durch die signalerfassende Aufklärung, indem wir halt Gespräche aus den Sicherheitskräften hatten, die eigentlich auch das Lagebild bestätigt hatten. Es war ja jetzt nicht so, dass erst im Juni dann die Moral runterging, sondern es war ja schon ein Prozess, der lange anhielt und eigentlich nur die Fortsetzung fand.

Insofern: Ja, es gab eine Einschränkung im Aufkommen dadurch, dass keine Kräfte mehr im Norden waren, die Berichterstattung der Bundeswehr weggefallen war. Es war aber noch so, dass wir einerseits aus offenen Quellen - Medien haben ja berichtet, wenn ein Ort gefallen war - viel ziehen konnten und auch aus der signalerfassenden Aufklärung zum Teil.



Nichtöffentlich

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Rederecht wechselt zur Frau Kollegin Nanni von den Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, guten Tag, Herr Zeuge! Auch von mir herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie heute zur Verfügung stehen. - Jetzt würde ich Sie noch einmal mit zurücknehmen in den April 2020. Sie haben ja gerade selber sehr schön vorgetragen, dass es verschiedene Stufen gab auch schon vor dem Untersuchungszeitraum, wo bestimmte Dinge sich verschlechtert haben, die dann auch in Ihrer Analyse - und ich glaube, da liegen Sie ganz richtig mit - mit dazu beigetragen haben, was wir im August gesehen haben.

Zunächst einmal: Frühjahr 22, wie sah denn der Beschaffungsauftrag aus? Welche Schwerpunkte wurden zu dem Zeitpunkt gesetzt?

Zeuge O. W.: Innerhalb der Teams sah das wie folgt aus: Bei den Taliban wollten wir wissen, wie die Führungsstrukturen sind - also wenn man mal den Zeitpunkt nimmt, wo das Abkommen da war -, wie die Taliban die Absicht hatten, dieses Abkommen umzusetzen, die Führungsstruktur natürlich, einmal im politischen Büro in Doha, aber auch in der Führung der Taliban. Also, ich rede hier über den Emir, ich rede hier über die Stellvertreter, die er hatte. - Das war ein großer Block, also die politische Entwicklung der Taliban.

Der zweite große Block war bei den Taliban die Entwicklung der militärischen Fähigkeiten, also festzustellen: „Was können sie, was können sie nicht, teilweise auch in taktische Bereiche, wie kämpfen sie?“, um hier für die Bundeswehr auch Berichterstattung zu generieren. Wir hatten dann die interessante Frage: Wie reagiert dann die mittlere Talibanführungsebene auf diese Verhandlungen? Wir hatten ja die Kämpfer, die natürlich gesagt haben: Wir wollen den Staat besiegen, und diese Verhandlungen können uns da vielleicht gar nicht helfen. - Also wie die mittlere Führungsebene gedacht hat. Und wir haben natürlich auch wissen wollen, wie die Kohäsion der Taliban ist.

Im Bereich der Sicherheitskräfte, glaube ich, habe ich schon ausgeführt, da ging es natürlich um Stärken, da ging es um Fähigkeiten, da ging es um Resilienz, da ging es um Logistik und Abhängigkeiten.

Und beim Bereich der Sicherheitslage wollten wir wissen: Wie sind die Entwicklungen im Land, insbesondere in Nordafghanistan, wo die Bundeswehr eingesetzt war? Also: Wo kommen die Taliban voran, wo sind die Sicherheitskräfte erfolgreich, wie entwickelt sich die Lage auf dem Boden? - Ja, das war der Bereich bei uns in der Sicherheitslage.

Und bei meinem Nachbarsachgebiet ging es halt um die politische Lage, also: Wer sind die Akteure, wie einigen die sich - Sie sprachen ja an, Anfang 2020, wo es noch Streit gab zwischen Ghani und Abdullah -, Abdullah nach den Wahlen, wie entwickelt sich das, wer kommt in die Regierung, wie wird sich die Regierung entwickeln, wie sind die Ethnien verteilt? Aber dort wurde auch natürlich bearbeitet: Wie entwickelt sich die - - oder danach gefragt: „Wie ist die wirtschaftliche Lage?“, weil man daraus natürlich Ableitungen machen konnte zur humanitären Lage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wissen, dass einmal im Jahr die operative Steuerungsgruppe Afghanistan sich getroffen hat und so auch am 22. April 2020. Können Sie sich noch daran erinnern, in welchem Kontext insbesondere mit Blick auf die Force Protection und den Abzug der internationalen Truppen diese Sitzung stattfand? Also, welche Anpassungen wurden vielleicht vorgenommen im Vergleich zum Jahr davor? Welche Aussichten wurden diskutiert?

Zeuge O. W.: Wenn ich mich recht erinnere, dann war einer der Schwerpunkte dieser Besprechung, wie nach dem Abzug oder beim Abzug - denn Abzug ist immer eine Schwächephase - unser Lagebild aufrechterhalten werden kann, um hier eine Gefährdung der Bundeswehr auszuschließen. Und es ging auch dort um Fragen, wie nach einem Abzug das Lagebild weiter aufrechterhalten werden kann, weil wir gesagt haben: Die Bundeswehr ist dann zwar aus Nordafghanistan



Nichtöffentlich

weg, aber gerade das Auswärtige Amt, aber auch das BMZ werden weiter Interesse haben: „Wie ist die Lage in Afghanistan?“, weil ja auch, ich sage mal, Masar-i-Scharif als, ich will nicht sagen: deutscher Ort, aber doch als der Bereich Nordafghanistans, in dem sich Deutschland besonders engagiert hat, am Herzen lag und wir daraus geschlossen haben, dass das Interesse bei den Resorts hier weiter hoch bleiben wird.

Also, wenn ich mich recht entsinne: Es gibt auch ein Protokoll dazu, das in den Akten drin ist. Aber das war so der Kern: Wie lässt sich diese Schwächephase des Abzuges und nach dem Abzug kompensieren? Was kann man tun, um ein Lagebild zu haben, was dann auch abnehmergerecht ist?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, dass der BND zum Zeitpunkt April 2020 davon ausgegangen ist, dass unabhängig davon, wie genau die Lage sich darstellt in Zukunft, nach dem Abzug der internationalen Truppen in jedem Fall ein weiteres Operieren des BND möglich sein wird.

Zeuge O. W.: Ja, davon sind wir ausgegangen. Wir hatten ja eine Residentur in Kabul, und aus der heraus sind wir davon ausgegangen, dass es Möglichkeiten gibt, weiter in Afghanistan zu arbeiten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin mir sicher, so tief ins Detail können Sie nicht gehen; aber mir geht es genau wie dem Kollegen Nürnberger: Wir wissen ja nicht, wie Sie sonst operieren. - Aber welche Bedingungen müssen denn in einem Land vorherrschen, dass der BND vorher ausschließt, dort weiter operieren zu können, oder überhaupt dort anfängt zu operieren? Also, sozusagen: Geht nicht, gibt's nicht? Oder gibt es sozusagen Bedingungen, die Sie auch selber formulieren können, wo eben klar ist, dann ist eine Operation nicht möglich?

Zeuge O. W.: Also, die Bedingungen gibt es. Die kann ich Ihnen aber nicht sagen, weil ich sie nicht kenne, weil für die Operation die Beschaffung zuständig ist und die auch dann alle möglichen Risikofaktoren überprüft und dann festlegt,

ob es eine Operation gibt oder nicht. Aber die Details dazu waren außerhalb meiner Zuständigkeit, und ich kenne die auch nicht im Detail.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, ich glaube, da muss ich noch mal drüber nachdenken. Komme vielleicht später noch mal drauf zurück, wenn ich noch kurz habe.

Sie hatten es ja auch gerade schon angedeutet, wie wir bei und nach Abzug eben das Lagebild aufrechterhalten können. Es wurde im Juli 2020 - das ist die MAT A BND-3.63 VS-NfD, Blatt 98 - von Generalleutnant Poschwatta, Chefs des Stabes von Resolute Support, formuliert:

BND muss deshalb flexibel bleiben und zunächst alle Aktivitäten in Richtung Abzug reversibel ausplanen. Die Unwägbarkeiten bleiben hoch. Die Bedarfsträgerforderungen könnten noch länger unverändert hoch bleiben.

Können Sie uns kurz erläutern, was wir unter einer reversiblen Ausplanung uns konkret vorstellen können?

Zeuge O. W.: Wenn ich mich richtig erinnere, war hier gemeint, dass es über einen längeren Zeitraum nicht klar war, wann genau der Abzug stattfand oder stattfinden sollte. Er hätte früher sein können. Das Abkommen - das muss man sich ja immer vor Augen führen - hat davon gesprochen, dass am 30.04. keine NATO- oder keine Coalition Forces mehr in Afghanistan hätten sein sollen. Und zwischen diesem Termin und dem wirklichen Abzugstermin gab es ja eine Differenz. Wir hatten ja auch mit General Poschwatta selbst gesprochen. Das war gemeint. Also, man brauchte eine Ausplanung mit Kräften, die aber auch kurzfristig verkürzt oder verlängert werden konnten, je nachdem, wie sich dieser Abzugsplan entwickelt hat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn in dieser sich verändernden Lage Aufklärungsbitten und -aufträge, deren Ausführung Ihnen nicht gelang, wo Sie sagen mussten: „Null“?



Nichtöffentlich

Zeuge O. W.: Nein, das ist mir jetzt nicht bekannt. Ich kann auch aus den Bedarfsträgersprachen im Moment nichts aufführen, dass uns da Lücken bescheinigt wurden oder ganz neue Dinge uns gegenüber gebracht wurden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann springe ich jetzt noch einmal zurück zur Coronalage, bevor wir uns jetzt in 2021 verlieren. Das mache ich dann beim nächsten Mal. Und zwar gibt es eine Einschränkung, die wir auch aus den Unterlagen erkennen konnten. Das ist MAT A BND-3.57 VS-NfD, Blatt 9. Und dort heißt es, dass der BND „seine Arbeit auf bestimmte ND-Kernthemen“ reduzieren wird, und es ist die Rede davon, dass „ab sofort“ - das war am 16.03.2020 - man sich „auf die Bearbeitung von [REDACTED] Ländern konzentrieren wird“. Können Sie mir sagen, welche [REDACTED] Länder das waren und, falls die Bundesregierung jetzt zuckt, zumindest sagen, ob Russland unter diesen [REDACTED] Ländern war?

Zeuge O. W.: Ich kann Ihnen sagen, dass Afghanistan unter diesen [REDACTED] Ländern war, weil das mein Zuständigkeitsbereich war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Zusammenspiel klappt doch ganz wunderbar, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf. - Wir sind jetzt am Ende der Befragung. -

(Heiterkeit)

- Das war gar nicht ironisch gemeint, sondern ich finde, die ersten drei Runden haben gezeigt, dass wir das gut miteinander machen können hier. - Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Guten Tag, Herr W.! Schön, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen. Insbesondere bin ich froh, dass Sie da sind, weil Ihr Vorgänger vom Bundesnachrichtendienst immer drauf verwiesen hatte: Da müssen Sie die Auswertung fragen. - Und die Fragen können wir jetzt stellen.

Ich würde gerne mit Ihnen über die Annexe des Doha-Abkommens als Erstes sprechen. Wann wurde der Bundesnachrichtendienst und wann

wurden Sie persönlich über die Inhalte der Annexe informiert?

Zeuge O. W.: Die Annexe müssten Ende März, Anfang April - ich kann das nicht mehr genau terminieren - bei uns eingegangen sein.

Stefan Keuter (AfD): Wissen Sie, von wem die gekommen sind?

Zeuge O. W.: Ich meine, sie sind über die NATO gekommen.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Ab wann war Ihnen während des Untersuchungszeitraums bekannt, dass Markus Potzel, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan, die geheimen Annexe, das heißt die Zusatzvereinbarungen, zum Doha-Abkommen spätestens Anfang März 2020, wahrscheinlich aber schon vor der Unterzeichnung des Doha-Abkommens einsehen durfte? Quelle ist MAT A BKAm-3.60 VS-NfD, Blatt 27.

Zeuge O. W.: Kann ich mir das bitte mal angucken?

Stefan Keuter (AfD): Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand
lesen in diesen Unterlagen)

Zeuge O. W.: Aus eigener Erkenntnis kann ich dazu nichts sagen. Es ist mir nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Ist der Sachverhalt Ihnen nicht bekannt, oder sind Reaktionen nicht bekannt?

Zeuge O. W.: Also, der Sachverhalt so. Wir hatten Informationen über die Grundlagendokumente, also die öffentlichen. Wann wer dort Zugang hatte oder die gesehen hatte, das weiß ich nicht mehr.

Stefan Keuter (AfD): Das heißt, Reaktionen von Herrn Potzel oder Konsequenzen, die die Bundesregierung gezogen hat, haben Sie auch nicht.



Nichtöffentlich

Zeuge O. W.: Ich bin mir nicht sicher, was Sie genau meinen. Wir haben ja eine Berichterstattung gemacht zum Doha-Abkommen gleich Anfang März, also kurz nachdem wir die wesentlichen Anteile gesehen hatten. Und die Bundesregierung hat natürlich reagiert, soweit ich weiß, indem sie ihre Anstrengungen, in diesem Prozess beteiligt zu werden und gerade die Friedensverhandlungen zwischen den Taliban und später der afghanischen Regierung voranzutreiben - - Das weiß ich, das kann ich bestätigen, weil ich das aus Sitzungen weiß, wo darüber gesprochen wurde. Aber welche Reaktion Sie konkret jetzt hier meinen, weiß ich nicht.

Stefan Keuter (AfD): Die Information reicht mir erst mal schon. Vielen Dank. - Was können Sie uns über Häufigkeit und Ausmaß von Verbrüderungen zwischen ANDSF und Taliban während des Untersuchungszeitraums sagen? - Das war eine der Fragen, wo die Beschaffung sagte: Fragen Sie die Auswertung.

Zeuge O. W.: Ich muss kurz überlegen, ob das im Untersuchungszeitraum war. Wir hatten - da bin ich mir aber nicht sicher, ob es im Untersuchungszeitraum war oder davor; das spielt aber auch keine Rolle - Einzelfälle, wo es zu solchen Verbrüderungen kam, und zwar war es im Zusammenhang mit hohen religiösen Feiertagen. Wir hatten eine Phase, wo die Taliban und die afghanische Regierung an diesen hohen religiösen Feiertagen so eine Art kleinen Waffenstillstand gemacht hatten über einen oder zwei Tage. Und da kam es natürlich dazu, dass es in dem einen oder anderen Ort auch dazu kam, dass die Menschen sich getroffen haben. Man muss ja immer sehen hier, das waren ja Leute, die sind zusammen zur Schule gegangen. Der eine ist bei den Taliban gelandet und der andere bei den afghanischen Sicherheitskräften. Und dort, kann ich mich dran erinnern, gab es im Einzelfall solche -

Stefan Keuter (AfD): ... Verbrüderungsaktionen.

Zeuge O. W.: - Zusammentreffen, dass man diesen Feiertag gemeinsam begangen hat. Ich will das nicht vielleicht mit dem Ersten Weltkrieg, wo die auch zusammenkamen, -

Stefan Keuter (AfD): Dieses Bild ging mir gerade auch durch den Kopf.

Zeuge O. W.: - vergleichen. Das ja. Sonst - -

Stefan Keuter (AfD): Die Antwort reicht mir da erst mal schon.

Zeuge O. W.: Okay.

Stefan Keuter (AfD): Wir haben ja ein bisschen begrenzte Zeit. - Ich habe noch eine letzte Frage in dieser Runde an Sie. Nach welchen Kriterien haben Sie die Berichtsinhalte ausgewählt?

Zeuge O. W.: Eine der wesentlichen Aufgaben bei uns war, die Inhalte so auszuwählen, dass sie bedarfsträgerecht und zielgerecht auf die Forderungen der Bedarfsträger abgestimmt waren. Das waren manchmal konkrete Fragen, konkrete Anfragen. Es war aber auch oft so, dass wir ja wussten: „Was will das Auswärtige Amt wissen, was will das Verteidigungsministerium wissen?“, und wir dann diese Themen bedient haben.

Und wir hatten einen zweiten Bereich, möchte ich mal sagen, das war eine gewisse Routineberichterstattung, wo wir zum Beispiel jedes halbe Jahr rausgebracht haben oder manchmal auch quartalsweise die Sicherheitslage in Nordafghanistan oder die Sicherheitslage in Südafghanistan. Danach haben wir es ausgewählt.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Vielen Dank erst mal für diese Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann geht das Fragerecht zu dem Kollegen Müller von den Liberalen. Bitte schön.

Alexander Müller (FDP): Ja, vielen Dank. - Auch von uns herzlich willkommen, Herr Zeuge! Sie sind ein wichtiger Zeuge, weil es geht auch um die Aufklärung der Vorfälle im Sommer 2021, einer Zeit, in der eigentlich vorhersehbar war, dass Wichtiges passieren würde in Afghanistan: Die Bundeswehr zieht ab, Amerikaner ziehen ab, das militärische Gleichgewicht wird sich deutlich aufseiten der Taliban verlegen. Ihr Kollege H. H. hatte währenddessen ein Sabbatical genommen,



Nichtöffentlich

wie er uns letzte Woche hier mitgeteilt hatte. Deswegen hoffen wir, dass wir von Ihnen ein bisschen was erfahren über die Einschätzung der damaligen Lage.

Am 15.08. ist Kabul in die Hände der Taliban gefallen, und fünf Tage vorher hatte die Bundesregierung noch die Überzeugung gehabt, die Taliban werden es gar nicht wagen, auf Kabul vorzugehen, also nicht schon im Jahr 2021, vielleicht irgendwann später; aber das würde so dermaßen blutig, dass das auf keinen Fall passieren würde. - Erinnern Sie sich noch an Ihre damaligen - im Juli, August - Berichte an die Bedarfsträger, an die Austauschrunden damals, welche Einschätzungen Sie weitergegeben hatten?

Zeuge O. W.: Ja, daran erinnere ich mich.

Alexander Müller (FDP): Können Sie uns Ihre Einschätzung der Lage, die Sie damals übermittelt hatten, ungefähr mitteilen? Deckt sich das mit Ihrer Einschätzung? Oder hatten Sie eine andere?

Zeuge O. W.: Also, wir haben die Lage ja beschrieben. Ich möchte vielleicht kurz vorwegnehmen, was die Grundlagen unserer Einschätzungen in dieser ersten Augushälfte bis zum 15. oder, eigentlich muss ich sagen, bis zum 11. August waren. Da komme ich noch mal drauf zurück.

Unser Lagebild hatte folgende Aspekte in diesem Zeitfenster: Der Sprecher der Taliban, Schahin, hat im Juli ein Interview gegeben und dort gesagt, dass man Kabul nicht angreifen will und nicht militärisch einnehmen will, dass man aber Kabul umzingeln will, will ich es mal nennen, also einschesseln will und dann innerhalb von 30 bis 90 Tagen sozusagen so einen Druck machen will, dass man das friedlich übernehmen kann. - Das war ein Aspekt.

Der zweite Aspekt war, dass in der ersten Augustwoche wir durch ein ND-Aufkommen [REDACTED] das noch mal bestätigt bekommen haben. Also, Anfang August hatten wir die Information: In 30 bis 90 Tagen wollen wir Kabul einnehmen. - Ich sage immer noch:

nicht durch Kampf; die Taliban wollten hier keine Schlacht um Kabul.

Wenn man dieses Zeitfenster nimmt, 30 Tage, dann kommt man an ein Datum, was wir genannt haben. Das ist 9/11, also der 11. September. Dieses Datum hatte auch Biden als Endabzugsdatum genannt, man will bis 11.09. aus Afghanistan abziehen. Und wir haben in der Bewertung mit unseren Kollegen, die die USA-Auswertung gemacht haben, gesagt: Aus innenpolitischen Gründen wäre es fatal für die USA, wenn am 11.09., 9/11, die Talibanflagge über der US-Botschaft hängt. - Und zu diesem Zeitpunkt, also in der ersten Augushälfte, waren noch etwa 900 US-Soldaten und andere Soldaten in Kabul, und die USA hatten gesagt, sie wollen ihre Botschaft in Kabul erhalten, und hatten die Botschaft von außerhalb in die Green Zone, die besser zu sichern war, verlegt. - So, das war die Lage, die wir in der ersten Augustwoche hatten.

Und wir haben daraus gesagt: Es dauert 30 bis 90 Tage. - Und wir haben dann gesagt: Für uns ist es eher unwahrscheinlich - darauf will ich gleich noch mal zurückkommen -, dass die Taliban vor diesem Termin Kabul einnehmen. - Das war also die Grundlage, genau: 9/11.

Wir haben aber gewusst aus den Entwicklungen, die es ja im Juli gab und dann auch Anfang August - wobei ich sagen muss, am 6. August ist die erste Provinzhauptstadt erst gefallen; das war in Nimrus, also ganz weit im Südwesten Afghanistans, am 6. August erst - - dass wir gesagt haben: Da kann eine Dynamik entstehen, die diesen Termin obsolet macht. - Und diese Dynamik, die wir erkannt haben, haben wir in Kippunkte gefasst. Wir haben also gesagt: „Wenn das eintritt, dann ist das nicht mehr zu halten“, und wir haben auch in unserer Berichterstattung extra eine Fußnote reingebracht: Wenn diese Kippunkte eintreffen oder einer davon, dann kann es auch 0 bis 30 Tage sein. - Die Berichterstattung hatten wir am 11. August fertig, und die ist am 12. August rausgegangen.

Diese Kippunkte, die wir dann auch am 13. August in der Krisenstabssitzung vorgetragen haben,



Nichtöffentlich

es waren eigentlich sechs. Ich fange mal mit dem sechsten an, weil der unwesentlich war.

Der sechste Kipppunkt war: wenn die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte nicht mehr gegeben ist. Das traf hier aber nicht zu; deswegen lasse ich den mal weg.

Es gab aber fünf Kipppunkte, die aktuell waren, wo wir gesagt haben: Wenn die eintreten, dann dauert es 0 bis 30 Tage, kann es dauern.

Es war erstens die Isolierung von Kabul, also wenn es den Taliban gelungen wäre, Kabul zu isolieren und einzuschließen, dann geht das schneller. Die Taliban waren aber zu diesem Zeitpunkt noch relativ weit von Kabul entfernt. Nicht eine der Provinzhauptstädte rund um Kabul war eingenommen durch die Taliban.

Der zweite Kipppunkt war dann das, was ich eben nannte: dass die Einnahme eines der Provinzzentren rund um Kabul einer der Kipppunkte war.

Der dritte Punkt war der vollständige Abzug der US-Kräfte, als Kipppunkt.

Der vierte Punkt war der Abzug der Botschaften aus Kabul, weil das das eindeutige Signal der internationalen Gemeinschaft gewesen wäre oder gewesen ist: Wir lassen euch im Stich.

Und der fünfte Kipppunkt war Absetzen oder Absetzbewegung der Führung Afghanistans, also des Präsidenten.

Und diese Kipppunkte, die trafen dann ab 13., Nachmittag, in schneller Folge ein, sodass das, was wir berichtet haben, eigentlich eingetreten ist, aber viel schneller, wie wir es eigentlich für möglich gehalten haben. Also, wir haben ja gesagt: 9/11 wäre so ein Termin; es kann auch schneller gehen. - Aber unsere wahrscheinlichste Option war halt: Es dauert noch etwas. - Das ist vielleicht das Lagebild, was wir hatten. Das ist die Berichterstattung, die wir gemacht haben, also ein Basisszenario mit einzelnen Aspekten, wo man sagen kann, das geht dann viel, viel schneller.

Alexander Müller (FDP): Es gab damals, mehrere Tage vor dem Fall Kabuls, ja dieses berühmte Kabel von Emily Haber aus Washington nach Deutschland - das ist ja auch in den Unterlagen verfügbar -, wo schon eine realistischere Einschätzung und eine deutliche Warnung drin war. Ich weiß nicht, ob Sie das in dem Format, im nicht eingestuften Format, schon beantworten können. Haben Sie sich mit den amerikanischen Diensten damals eng ausgetauscht, oder wie erklären Sie sich die unterschiedlichen Einschätzungen so etwa eine Woche vor dem Fall Kabuls?

Zeuge O. W.: Ich muss zunächst erst mal zu dem Kabel sagen: Nach meiner Erinnerung - man müsste es vielleicht noch mal lesen - waren dort Gespräche von vier,

(LR I Andreas Gloßner
(AA): Entschuldigung!)

fünf, sechs Gesprächsteilnehmern. Ich erinnere mich nur grob, dass einer, nur einer davon - -

(LR I Andreas Gloßner
(AA): Darf ich da ganz kurz reinspringen?)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort.

LR I Andreas Gloßner (AA): Das Kabel war als VS-Vertraulich eingestuft. Also müssten wir auch, wenn wir über die Inhalte sprechen - es sei denn, es ist jetzt wirklich sehr paraphrasiert -,

Zeuge O. W.: Mhm.

LR I Andreas Gloßner (AA): - dann auf den entsprechenden Einstufungsgrad gehen. - Entschuldigung.

Zeuge O. W.: Vielleicht kann ich nur sagen, dass dort sechs Gesprächsteilnehmer - fünf oder sechs - waren und die alle eine andere Meinung hatten. Also, jetzt zu sagen: „Die haben es gewusst“, ist aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt. Das ist, glaube ich - -

(Heiterkeit)



Nichtöffentlich

Jetzt ist es raus. - Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit ist auch die Fragezeit erfüllt. Und der Text ist ja - den haben wir alle wahrgenommen, glaube ich, hier - relativ kurz. Gut. - Dann wechselt das Fragerecht zur Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ich würde so ein bisschen daran anschließen, was Herr Müller gesagt hat, an die kurzfristige Einschätzung vor dem 15. August. Und dazu würde ich aus einem Dokument zitieren, was ich jetzt leider nicht selber vorbringen kann, aber vielleicht jemand vom Ausschuss, aus MAT A AA-8.542 VS-NfD, Blatt 17, einer E-Mail von Jan Hendrik van Thiel aus der Botschaft in Kabul an die Referenten des AP 05 im Auswärtigen Amt vom 14. August 2021. Und da bewertet van Thiel eine Rede Ghanis mit den Worten - und ich zitiere jetzt;

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand le-
sen in diesen Unterlagen)

jetzt liegt Ihnen das Dokument auch vor -:

Die TLB sind überall in der Stadt -
die der BND und nur der BND op-
timal von NDS verteidigt [sic!] -
sieht - und die offizielle Frontlinei
[sic!] im Norden an der Stadt-
grenze und im Süden knapp
40 km vor der Stadt. Zu Deutsch:
Ghani hat viel Zeit für Konsulta-
tionen (laut BND noch etwa 3 Mo-
nate, ☺).

War das denn eine Einschätzung, die vom BND auf Grundlage von Daten, die der Auswertung vorlagen, im August 21 so getroffen wurde und dem Auswärtigen Amt oder anderen Vertretern des AA in der Botschaft von Kabul so mitgeteilt wurde? Und dann jetzt noch eine Konkretisierung meiner Frage, weil Sie es gerade mit den Kippunkten gesagt haben: Waren Sie denn dann in sehr engem Austausch mit dem AA genau zu diesen Tagesabläufen? Sie haben gesagt: 11., 12.,

13., die Kippunkte treten ein. - Vielleicht können Sie das ja mal so darlegen.

Zeuge O. W.: Ich würde es gern noch einmal kurz lesen.

(Der Zeuge liest in den ihm
vorgelegten Unterlagen)

Clara Büniger (DIE LINKE): Also, da gab es ja offensichtlich unterschiedliche Auffassungen von Ihnen und auch vom AA.

Zeuge O. W.: Zunächst: Zu der Aussage „Die TLB sind überall in der Stadt ...“ muss man feststellen, dass die Taliban schon immer in Kabul Anschläge verübt haben. Es gab also immer einzelne Talibanzellen in der Stadt. Was es nicht gab, was aber diese Aussage suggeriert: Dass die Taliban Kabul schon eingenommen haben, stimmt so nicht. Wir hatten ein Lagebild - ich habe es mir auch noch mal extra rausgezogen - am 12.08., dass Kontrolle oder Einfluss der Taliban im Großraum Kabul in den einzelnen Distrikten noch nicht vorhanden war. Wir haben zwar prognostiziert, dass das in den nächsten drei Monaten - wir haben ja immer so Dreimonats-Updates gemacht - dazu kommen würde. Bagram zum Beispiel oder Sarobi waren Distrikte, wo die Taliban immer schon sehr aktiv waren, aber wo die Sicherheitskräfte immer noch die Überhand hatten, und das galt auch für Kabul und Kabul-Stadt. Das war unser Lagebild.

Herr Thiel hat das hier etwas anders dargestellt, der zweite Punkt hier in seiner Darstellung. Die Sicherheitskräfte in Kabul waren sehr stark, insbesondere die Spezialkräfte und die Kräfte des afghanischen Geheimdienstes, weil diese auch ausgebildet und teilweise auch in ihren Operationen begleitet wurden durch Koalitionskräfte, und die hatten einen sehr hohen Leistungsstand. Also, hier schon im Juli zu suggerieren, dass die Taliban schon in der Stadt sind, das entsprach überhaupt nicht unserem Lagebild.

Fast zustimmen könnte ich, dass die Taliban 40 Kilometer von der Stadt entfernt waren; das ist auch das, was ich dargestellt habe.



Nichtöffentlich

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch)

Ja, sie hatten in den Provinzen, die rundum lagen - vielleicht sieht man es so ein bisschen, Kabul und diese blauen - - wo sie Einfluss hatten; das ist auch in Briefings drin, die in der Aktenvorlage drin sind -, ihren Einfluss ausgebaut; aber in der Provinz Kabul hatten sie noch keinen Einfluss oder keine Kontrolle über Distrikte.

Clara Bünger (DIE LINKE): Das ist ja eine E-Mail vom 14.08. Also, das ist - -

Zeuge O. W.: Also hier steht: „Gesendet am 04.07. ...“

Clara Bünger (DIE LINKE): Deshalb meine Frage an Sie.

Zeuge O. W.: Ach so. - Selbst am 14.08. ist es unzutreffend, dass die Taliban überall in der Stadt sind. Das war nicht der Fall. Wir hatten hier folgendes Lagebild: Die Kippunkte sind ja eingetroffen. Der letzte Kippunkt war der Abgang von Ghani aus Kabul. Und nach unseren Post-mortem-Recherchen - also, wir haben ja rückwirkend uns noch mal alles angeguckt - hat Ghani* die Taliban gebeten, in die Stadt zu kommen, um Chaos, Aufstand und so zu vermeiden. Und die Taliban waren gar nicht in der Lage, so schnell überhaupt in die Stadt zu kommen, weil ihre Kräfte noch so weit weg waren. Sie mussten also erst ihre Kräfte sammeln, um dann am 15. einzuziehen in Kabul. Und die Sicherheitskräfte am 14. waren noch voll aktiv. Wir haben also Aufkommen gehabt, nachrichtendienstliches Aufkommen, dass Kräfte des NDS am 14., teilweise am 15. morgens noch zum Dienst gegangen sind. Also die Einschätzung „Die TLB sind überall in der Stadt ...“ stimmt nach unserem Lagebild nicht.

Clara Bünger (DIE LINKE): Nur eine ganz kurze Nachfrage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nee, ich war sehr großzügig und habe Sie schon ein bisschen länger fragen lassen, weil Sie vorhin nicht da waren. -

Jetzt beginnt die zweite Runde. Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich glaube, wir sind jetzt gerade an einem sehr spannenden Punkt angelangt. Ich möchte aber trotzdem noch mal ein paar Tage zurückgehen, nicht nur, weil wir uns so intensiv darauf vorbereitet haben, sondern weil es, glaube ich, auch ganz gut für das Verständnis ist.

Am 4. August 2020 sollte eine Staatssekretärsrunde stattfinden, und Sie haben am 29. Juli, ein paar Tage zuvor, eine E-Mail geschrieben, in der Sie - MAT A BND-3.64 VS-NfD, Blatt 13 bis 29 - um die Freigabe einer Präsentation zu den Zukunftsszenarien in Afghanistan bitten. Möchten Sie es sehen, oder haben Sie es eh?

Zeuge O. W.: Das wäre gut, wenn ich es noch einmal - -

Jörg Nürnberger (SPD): Ja. - Wenn Sie das Dokument zur Hand nehmen, mir geht es um den letzten Absatz vor dem großen blauen Block auf der Seite unten.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand
lesen in diesen Unterlagen)

Und in diesem Absatz, den ich gerade angesprochen habe, steht:

Der üblichen [sic!] Anteil zur Sicherheits-/ Bedrohungslage soll gemäß BK gekürzt werden und muss an BK wie bisher am Freitag vor der Sts-Runde also am 31.07. ... übermittelt werden. Diesen Teil legen wir Ihnen morgen zur Freigabe vor.

Können Sie mir erklären, warum er gerade in so einer wichtigen Zeit den Anteil zur Sicherheits- und Bedrohungslage im Vortrag kürzen musste? War das normal, oder war es aus organisatorischen Gründen? Aber vielleicht können Sie sich ja erinnern.



Nichtöffentlich

Zeuge O. W.: Ich glaube, die Frage müssten Sie ans Bundeskanzleramt stellen, warum wir das kürzen sollten. Ich weiß, dass es immer eine begrenzte Redezeit gab für uns; die war meist auf drei bis fünf Minuten begrenzt. Aus dem Text geht ja hervor, dass es hier einen starken Anteil ANDSF gab. Ich nehme es an - aber die Frage müssten Sie dort stellen -, dass das der Grund war, weil wir über die ANDSF berichten sollten, dass man dann diesen Lageteil etwas kürzen wollte; aber das ist nur eine Annahme von mir. Ich kann Ihnen das nicht beantworten.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann ja die Frage derart konkretisieren: Wurden Sie vom Bundeskanzleramt darüber informiert, warum Sie das kürzen sollten? Und Sie haben sie bis - - Nein beantwortet.

Zeuge O. W.: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): War das ein Vorgang, der wiederholt oder öfter vorkam? Oder war das in dieser Situation etwas Außergewöhnliches?

Zeuge O. W.: Es gab ein paar Staatssekretärsrunden nicht nur in diesem Zeitraum, wo mal ein besonderes Thema gewünscht war. Dann musste die Zeit natürlich aufgeteilt werden. Dann haben wir Details zur Sicherheitslage weggelassen, also ein bisschen, wie sich das Land im Detail entwickelt hat. Aber die Kernaussagen sind eigentlich immer gleich geblieben.

Also man kann sagen: Ja, bei der einen oder anderen Staatssekretärsrunde haben wir aufgrund eines Kernthemas - - Zum Beispiel hatten wir die ANDSF mal als Thema; wir hatten mal das Doha-Abkommen als Thema; wir hatten auch mal - das war eine ganz interessante Sache -, als die Mandatsverlängerung war, ein interessantes Thema, weil die Taliban Deutschland dort als Treiber für einen verlängerten Afghanistan-Einsatz gesehen haben. Das war natürlich hochbrisant, weil Deutschland das Mandat verlängert hatte. Und das waren so Themen, die dann mehr Zeit, mehr Umfang hatten, und deswegen - - die Sicherheitslage im Detail, aber nicht in den Kernaussagen gekürzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Wenn Sie ein paar Seiten weiterblättern in dieser MAT: Auf Blatt 24 werden die unterschiedlichen „Szenarien zur Durchhaltefähigkeit“ der afghanischen Streitkräfte und Sicherheitskräfte nach Wahrscheinlichkeiten bewertet. Ich glaube, wir müssen hier nicht wiederholen, wie diese Wahrscheinlichkeitskriterien in Prozenten ausgedrückt werden; aber das Szenario wird hier mit unter 20 Prozent bewertet. Können Sie uns erläutern, wie Sie zu dieser doch sehr konkreten Einschätzung gelangt sind, zumal es sich ja dann einige Tage später als anders dargestellt hat?

Zeuge O. W.: Ja. Ich würde es gerne noch einmal ganz kurz lesen.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Ich habe die Folie vor mir: Zu diesem Zeitpunkt, Ende Juli, haben wir die Unterstützung, die weitere Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte hoch gewertet. Und deswegen haben wir gesagt: „Es gibt eine fortschreitende Abnutzung“ - die hat es ja auch gegeben -, und haben das mit 75 Prozent, also mit einer hohen Wahrscheinlichkeit, bewertet. Wir haben aber gesagt: Es kann auch anders kommen. - Aber das war zu diesem Zeitpunkt, Ende Juli, wo wir diese Szenarienanalyse gemacht haben, halt weniger wahrscheinlich aus unserer Lagebewertung.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber ganz konkret nachgefragt - Sie haben vorhin ausführlich die Kippunkte geschildert -: Wurde auch in dieser Präsentation ausdrücklich auf diese Kippunkte als Vorbehalt hingewiesen, oder wurde diese Präsentation ohne Hinweis auf solche Kippunkte dann abgegeben?

Zeuge O. W.: Das war noch vor unserer Berichterstattung der Kippunkte, weil auch hier, Ende Juli - der Juli war ja relativ ruhig in Afghanistan - - und das Lagebild sich eigentlich erst ab Anfang August wieder verschärft hatte. Ich hatte ja gesagt: Die erste Provinzhauptstadt ist am 6. August erst gefallen. - Im Juli war eigentlich nicht viel passiert, möchte ich mal sagen. Im Juni



Nichtöffentlich

hatten wir ja diese große Phase, wo die Distrikthauptstädte an die Taliban gingen. Und die Präsentation ist ja mit der Mail von Ende Juli - - Und es war halt unser Aufkommen und unser Lagebild, dass die, ich sage mal, Dynamik, die dann ab August eintrat, hier noch nicht drin war. Wir hatten aber immer die Möglichkeit, bis zur Staatssekretärsrunde oder bis zum Vortrag natürlich zu aktualisieren. Aber dazu ist es nicht gekommen, weil die Staatssekretärsrunde, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, nicht stattgefunden hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Zu welchem Zeitpunkt haben Sie zum ersten Mal in Ihren Berichten diese sechs von Ihnen definierten Kippunkte Ihren Bedarfsträgern mitgeteilt? Ab welchem Zeitpunkt konnte dann realistisch erwartet werden, dass die Bedarfsträger auch diese Kippunkte mit in ihre eigenen Schlussfolgerungen aus Ihrer Lageberichterstattung einbeziehen konnten?

Zeuge O. W.: Das erste Schreiben ging am 12. August raus. Wir hatten die vorher schon bearbeitet. Aber, wie gesagt, unser Lagebild war halt so, dass die Berichterstattung - - am 12. das erste Schreiben rausging und am 13. dann in der Krisenstabssitzung das noch mal allen Beteiligten der Krisenstabssitzung deutlich vorgetragen wurde.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Wenn ich noch eine Frage habe - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Noch mehr.

Jörg Nürnberger (SPD): Wunderbar. Die Zeit vergeht diesmal nicht wie im Fluge.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn sie kurz sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Habe ich Sie richtig verstanden, diese Staatssekretärsrunde am 4. August hat dann nicht stattgefunden?

Zeuge O. W.: Soweit ich weiß, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Das widerspricht ein bisschen den Unterlagen, die wir haben, weil es

nämlich einen Ergebnisvermerk über diese Staatssekretärsrunde gibt.

Zeuge O. W.: Über diese?

Jörg Nürnberger (SPD): Vom 4. August. Oder finden manchmal auch mehrere statt?

Zeuge O. W.: Also ich habe teilgenommen an einer Staatssekretärsrunde persönlich am 4. August 2020. Aber die 21 hat aus mein- - Soweit ich weiß, hat die nicht stattgefunden. Aber das lässt sich sicherlich aufklären.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht entsteht auch dadurch unser Missverständnis. Ich war tatsächlich immer noch im Jahr 2020. Aber damals haben Sie keine Kippunkte gemacht; die waren erst im Jahr 2021.

Zeuge O. W.: Ja, richtig.

(Der Zeuge liest in den ihm
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

- Ja, es ist richtig. Es war ein Fehler von mir. Das war die Staatssekretärsrunde 2020; die hat stattgefunden. Ich war auch selbst anwesend. Und diese Kippunkte sind erst im Jahr 2021 entstanden, weil da auch erst klar wurde, im April 2021, dass der Abzug wirklich stattfindet, nicht? Da hat Biden ja gesagt: Wir ziehen wirklich ab. - Und dann kam ja erst diese Dynamik. - Entschuldigung.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil dann sind wir nämlich wieder, wenn wir jetzt diesen Sprung in das nächste Jahr machen, bei den Aussagen, die Sie vorhin bestätigt haben, dass Sie auch am 12. August 2021 jetzt - um genau das Jahr ausdrücklich zu erwähnen; immer noch in Ihren Unterlagen: das ist MAT A BND-3.14 VS-NfD, Blatt 180 bis 182 - in Ihrer Bewertung darstellen, dass ein „koordinierter Angriff gegen die Hauptstadt Kabul ... in den kommenden 30 Tagen weiterhin unwahrscheinlich“ ist.



Nichtöffentlich

Zeuge O. W.: Ja, das ist richtig. Die Taliban hatten gar nicht die Absicht, Kabul koordiniert anzugreifen, wie ich schon sagte, und das ist auch so eingetreten, weil die Taliban weder die Absicht noch zu diesem Zeitpunkt die Kräfte vor Ort hatten; denn die Taliban wollten Kabul umschließen, sozusagen abwürgen und dann friedlich einnehmen; also, es gab weder die Absicht der Taliban - - Insofern ist die Aussage richtig auch noch am 20. August.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir gehen einen Tag weiter: der 13. August. Da haben Sie das erste Mal diese Einschätzung etwas geändert: Übernahme Kabul vor 11.09. - da beziehen Sie sich auf den 9/11 - eher unwahrscheinlich. - Was hat sich zwischen den beiden Tagen getan?

Zeuge O. W.: Zwischen den beiden Tagen haben die Taliban weitere Provinzhauptstädte eingenommen. Die Moral der ANDSF, die ohnehin angeschlagen war nach unserem Lagebild, wurde schwieriger. Und deswegen haben wir es auf „eher“ geändert, weil wir halt gesehen haben, dass die Möglichkeit zunimmt, also dass die Wahrscheinlichkeit zunimmt, weil wir halt eine gewisse Dynamik erkannt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben ja an der Krisenstabssitzung persönlich teilgenommen, wenn ich das richtig verstehe.

Zeuge O. W.: Ja, das ist richtig.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie uns Ihre Eindrücke schildern, wie die verschiedenen Ressorts auf diese veränderte Lagebeurteilung reagiert haben? Wurde das tatsächlich als substanzielle Änderung der Lagebewertung wahrgenommen?

Zeuge O. W.: Also meine Eindrücke spielen da, glaube ich, keine Rolle. Ich kann Ihnen sagen, was wir vorgetragen haben; aber Sie müssten schon die Ressorts direkt fragen, wie ihre Bewertung dazu gewesen ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem das ja eine interaktive Situation war - Sie haben vorgetragen, und dritte Menschen haben Ihren Bericht ver-

folgt -: Haben Sie ein besonderes Erstaunen bemerkt, dass sich die Situation geändert hat, oder wurde das nur zur Kenntnis genommen?

Zeuge O. W.: Also, das ist ja die gleiche Frage jetzt in einem anderen Gewand.

Jörg Nürnberger (SPD): Das war Absicht.

Zeuge O. W.: Ja. - Ich will das vielleicht so beantworten: Die Entscheidung in der Staatssekretärsrunde war ja, die Evakuierung vorzubereiten. Das geht ja aus dem Protokoll hervor. Ich glaube, das zeigt, wie unser Vortrag gewirkt hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Mit der Antwort kann ich gut leben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein bisschen Zeit ist noch. Wenn ich darf, würde ich noch eine Frage für die SPD-Fraktion übernehmen, nämlich - wollen wir ein drittes Gewand probieren -: Ist dieser Schlussfolgerung, die in dem Protokoll ja zitiert wird, eine kontroverse Debatte vorausgegangen?

Zeuge O. W.: Dass die Debatte kontrovers war, kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Also, es war aus meiner Sicht eher die Frage, wie die Schritte sind, die politischen Schritte - also: Unterrichtung Verteidigungsausschuss, Obleute und diese Dinge wurden diskutiert -, wie man es macht. Ich kann mich aber nicht dran erinnern, dass die Grundfrage strittig behandelt wurde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das führt jetzt allerdings noch zu einer anderen Frage, die wir schon mit anderen Zeugen erörtert haben oder wo uns andere Zeugen Wahrnehmungen gegeben haben. In dieser Phase gab es aber - - Nein, ich frage offen: Es bestand die Absicht, das Parlament sozusagen über den Sachstand der Erkenntnisse zu unterrichten. Verstehe ich das richtig?

Zeuge O. W.: Ja, also, das wurde diskutiert, wie man das Parlament unterrichtet. Das war eine der Diskussionen. Aber welches Ressort da welche Position hatte, das kann ich nicht mehr sagen. Ich weiß nicht, was da aus dem Protokoll hervor-



Nichtöffentlich

geht. Sicher war man sich, dass man das Parlament unterrichten muss. Und wie man es am besten macht, das wurde dort besprochen als einer der Punkte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber Ihr Wörtchen „wie“ bezieht sich ausschließlich auf die Frage, wer das tut, und nicht, in welchem Umfang man das Parlament unterrichtet?

Zeuge O. W.: Ja, in welcher Reihenfolge. Also, darum ging es. Also, ich glaube, ich erinnere mich, dass im Gespräch war: die Obleute der Fraktionen aus dem Verteidigungsausschuss als die ersten Ansprechpartner, weil es ja um eine militärische Evakuierungsoperation gehen sollte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann kann ich als Letztes fragen: Ich verstehe das aber so, dass die Absicht bestand, das Parlament vollständig zu informieren über die Sachverhalte, die dort erörtert worden sind.

Zeuge O. W.: Dazu kenne ich mich zu wenig aus. Aber ich gehe davon aus, wenn Ihre Obleute informiert werden, dass sie dann die Informationen ans Parlament weitergeben. Das ist meine laienhafte Vorstellung dieses - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung. Ich meinte mit „vollständig“ nicht das vollständige Parlament, sondern den Inhalt der Informationen.

Zeuge O. W.: Das kann ich nicht sagen, ob es da irgendwelche Vorbehalte gab. Also, ich weiß nur: Die Obleute sollten über die Vorbereitung einer Evakuierungsoperation informiert werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zur Union, und der Kollege Erndl hat das Wort.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich möchte noch mehr auf die Taliban und den Fall Kabuls auch zurückkommen. Zum einen vielleicht die Frage: Wie homogen würden Sie denn die Taliban beurteilen? Es sind ja dann doch mehrere Gruppen mit unterschiedlicher Rich-

tung. Vielleicht können Sie die wichtigsten Gruppen, die für die Übernahme Kabuls relevant waren, kurz beschreiben. Und vielleicht können Sie eine Einschätzung geben, welche dieser Gruppen ebendiese Übernahme dann verhandelt hat.

Zeuge O. W.: Die Taliban waren nach unserer Bewertung sehr homogen, weil sie ein gemeinsames Ziel hatten. Die Taliban hatten zwei strategische Ziele. Das erste war der vollständige Abzug der Koalitionstruppen, also der Sieg über den verhassten Westen als strategisches Ziel, und das zweite strategische Ziel war die Errichtung eines islamischen Emirats Afghanistan auf Grundlage einer harten Scharia-Auslegung, und das hat sie zusammengehalten. Das hat sie zusammengehalten, diese beiden strategischen Ziele.

Und man darf nicht den Mindset vergessen. Es sind religiöse Extremisten, die auch den Tod nicht scheuen, ja? Nur um das mal vielleicht deutlich zu machen: Der Führer der Taliban, Hibatullah Achundsada, hat seinen Sohn als Selbstmordattentäter nach Kandahar geschickt, um einen völlig unwichtigen Posten der afghanischen Sicherheitskräfte in die Luft zu sprengen. Das zeigt diesen Mindset, und das zeigt diese starke, harte Haltung, das Ziel des Emirats erreichen zu wollen. Die haben sich 20 Jahre gegen uns durchgesetzt und haben jetzt ihr Emirat; das muss man immer im Hinterkopf haben.

Und die Talibanführung hat gemerkt, dass bei den Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban es Unruhe bei den Kämpfern gab. Und wir haben auch überlegt: Kann sich da was ändern in diesem Bereich des Zusammenhalts, weil ja nachher die Ressourcen verteilt werden, ne? Also, wenn man das Land regiert, dann werden ja Ressourcen verteilt. Und die Kämpfer wurden immer bei der Stange gehalten; die wurden informiert durch die Talibanführung. Es gab Reisegruppen, die durchs Land gereist sind, die Kämpfer bei der Stange gehalten haben, die den Zusammenhalt gefördert haben. Also nach unserer Bewertung gab es einen sehr starken Zusammenhalt.

Es gab Fraktionen, wie es überall unterschiedliche Bereiche gibt. Vielleicht um die größten zu



Nichtöffentlich

nennen: Wir hatten die Helmandis, also die Fraktion, die - - Helmand/Kandahar groß geworden sind, die jetzt noch immer - der Emir sitzt ja nicht in Kabul, sondern in Kandahar - - dort groß geworden sind. Dann hatten wir in Ostafghanistan die Haqqanis als eine der Gruppen. Und wir hatten dann noch im Norden Gruppen, die ein bisschen Richtung Jakob, also dem Sohn von Mullah Omar - - gefolgt sind. Also, es gab verschiedene Fraktionen, aber sie waren geeint im gemeinsamen Ziel, und sie sind es eigentlich immer noch, auch wenn es diese Fraktionen gibt und es natürlich auch da Fragen gibt: Wer kriegte welchen Posten, und wer macht was?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Geeint im - -

Zeuge O. W.: Entschuldigung. - Zu den einzelnen militärischen Einheiten, die Kabul eingenommen haben, kann ich im Moment nichts sagen. Da erinnere ich mich nicht dran. Wir haben das auch nicht so detailliert verfolgt, weil es für die strategische Lagebewertung uns nicht relevant war.

Also, die Taliban waren in Kabul; der Krieg war zu Ende. Das heißt: Das ganze Gewaltniveau, was wir über Jahre hatten, ist auf null, fast null gesunken im Land. Wir hatten plötzlich Frieden durch die Einnahme Kabuls. Und die Kräfte, die die Taliban nach Kabul gebracht haben aus den umliegenden Provinzen, haben nach unserer Bewertung in Kabul für Ruhe und Ordnung gesorgt. Die haben ja sogar den Zugang zum Flughafen reguliert. Also, die haben uns und den Koalitionskräften, den afghanischen Sicherheitskräften auf dem Flughafen ja noch geholfen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Aber welche das im Detail in Kabul waren, das weiß ich nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Sie sagen: Die unterschiedlichen Gruppen waren geeint in den strategischen Zielen. - War sozusagen aber ein Unterschied im Weg zu diesen Zielen erkennbar? War da wer mehr gewaltbereit und wer mehr leicht verhandlungs- oder gesprächsbereit?

Zeuge O. W.: Ja, das kann man sagen. Es gab welche, die rein militärisch vorgehen wollten. Es gab aber auch welche, die im Verhandlungsmodus gerade mit den Amerikanern - - Das war ja ein

diplomatischer Erfolg der Taliban, der für die unschätzbar war: Der große Feind verhandelt nicht mit der Regierung, sondern mit uns. - Und es gab welche, die mehr auf die Diplomatie gesetzt haben. Die waren sich aber einig, dass man beides tun muss. Wir haben es immer „Fight and Talk“ genannt. Wir hatten diese Phase „Fight and Talk“, wo man auf dem Boden Landgewinne machen wollte, um die Verhandlungsposition zu verbessern, um die ANDSF unter Druck zu setzen, und wir hatten parallel dazu das Verhandlungsteam, das diplomatisch vorangegangen ist. Das kann man auch zum Beispiel an einer Person mal beispielhaft sagen: Der Verhandlungsführer Mullah Baradar hatte schon 2010 versucht, mit Ghani zu verhandeln. Also, es gab da Leute, die auf diesen diplomatischen Weg gesetzt haben und halt bei den Amerikanern Erfolg hatten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Danke schön. - Ich komme noch mal auf die Sicherheitslage zurück und eben auch zu dem Bereich Force Protection. Sie schreiben in einer Mail - MAT A BND-3.67 VS-NfD, Blatt 250 -, dass der BND von 2011 bis 2021 „über 350 Warnmeldungen ... erstellt und“ ganz konkret „59 Anschläge verhindert“ hat. Zudem habe ein Warnhinweis 2017 zum Schutz vor größeren Personenschäden beim Anschlag gegen die deutsche Botschaft beigetragen. - Können Sie das ein bisschen einordnen, was das bedeutet hat? Und was war sozusagen mit den anderen Warnmeldungen? Waren die dann sozusagen falsch, oder gab es dann diese Anschläge, vor denen auch gewarnt wurde?

Zeuge O. W.: Ja, es ist also erst mal ein sehr langer Zeitraum, wo sich das auch entwickelt hat. Und diese Warnmeldungen, da gab es zwei Typen - ich fasse es mal als Warnmeldungen zusammen, um da das nicht zu sehr zu verkomplizieren -, die dazu gedient haben, die Force Protection für die Einsatzkräfte, aber auch für die Auslandsseinrichtungen des Auswärtigen Amtes oder BMZ zu warnen.

Die besondere Schwierigkeit bei diesen Warnmeldungen ist immer, nachzuvollziehen, ob die wirksam waren, weil, wenn Sie eine Warnmeldung rausgeben zum Beispiel und die Sicherung dieses Objekts verstärkt wird, dann kann es



Nichtöffentlich

sein, dass der Attentäter sich ein anderes Ziel aussucht oder gar nicht mehr agiert, sondern viel später. Das festzustellen, ist enorm schwer.

Wir haben aber bei 59 dieser Warnmeldungen, die oft auch begleitet waren durch Berichterstattung, welche Gruppe wo Vorbereitungen trifft, an unsere Koalitionspartner, danach, im Nachgang, Ergebnisse gehabt, dass Anschlaggruppen festgenommen wurden oder dass nicht dieses Ziel angegriffen wurde, wo wir gewarnt haben, sondern ein anderes. In diesem langen Zeitraum haben wir bei 59 nach unserer Bewertung gesehen: Die Gruppe wurde festgenommen; das Anschlagziel wurde nicht angegriffen. - Bei den anderen kann man das einfach nicht sagen, ob es wirksam war oder nicht. Vielleicht war es auch eine Falschmeldung der Quelle. Das lässt sich dann alles nicht mehr nachvollziehen.

Besonders wichtig war natürlich 2017 der Anschlag gegen die deutsche Botschaft oder bei der deutschen Botschaft. Da gibt es ja unterschiedliche Mei- - Wir hatten hier zehn Tage vorher eine Meldung bekommen, dass dieser Anschlag bevorsteht. Wir haben das in eine Warnmeldung umgesetzt, und die Botschaft hat daraufhin die Nutzung bestimmter Räumlichkeiten, die an der Grenze, in Gebäuden an der Grenze, waren, so eingeschränkt, dass dann, als dieser Anschlag wirklich stattfand, dort keine Personenschäden zu beklagen waren.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich würde noch mal in den verbleibenden Minuten - wie viele habe ich noch? -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sind noch ein paar.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - oh, sind noch ein paar; sehr gut - auf ein weiteres Thema kommen, nämlich die Bewertung der Sicherheitslage von Ortskräften. In welchem Umfang hat Ihr Sachgebiet da mitgearbeitet?

Zeuge O. W.: Mein Sachgebiet selbst hatte keine Ortskräfte. In der Auswertung gibt es keine Ortskräfte. Die waren halt an einer Führungsstelle, an einer Residentur und anderen Einrichtungen. Wir

haben durch unsere Berichterstattung beigetragen, ein Lagebild darzustellen, wie gefährdet die Ortskräfte sind. Das war ein wichtiges Thema, das ja bevorstand, wenn die Bundeswehr abzieht, eventuell die Botschaft: dass dann die Ortskräfte hier einer Gefährdung unterliegen.

Die Berichterstattung erfolgte - - Oder eine Kernberichterstattung von uns erfolgte im März 2021 an die Ressorts. Wir hatten aber auch davor schon das eine oder andere Mal dazu berichtet. Und wir haben natürlich auch unseren eigenen für Ortskräfte zuständigen Arbeitseinheiten Informationen gegeben.

Man kann sagen, dass grundsätzlich alle Ortskräfte einer gewissen Gefährdung unterlegen haben, dass die aber aus Sicht der Taliban - und aus der Sicht haben wir es ja auch bewertet - natürlich sehr unterschiedlich war. Der Dolmetscher bei den Spezialkräften, die eine Operation gegen die Taliban geführt hatten, war natürlich in einem ganz anderen Spektrum als der Gärtner an der deutschen Botschaft, der die Rosen geschnitten hat; das muss man immer deutlich - deutlich! - unterscheiden.

Wir wissen von den Taliban - - Oder wir wussten von den Taliban, dass sie eine Generalamnestie eigentlich immer erhoben haben; aber auch noch mal hier deutlich gemacht haben, dass sie gesagt haben: Der, der für die verhassten Westler gearbeitet hat, hat einen großen Fehler gemacht. Wer das bekennt und zurückkehrt zum wahren Islam, kann wieder in unsere Gemeinschaft zurückkehren. Er muss aber je nach Schwere seiner Tat vor ein Gericht. - Das war ein Scharia-Gericht, und die haben dann entschieden, wie die Bestrafung ist. Das konnte von einer Geldstrafe bis zur körperlichen Züchtigung sein, ja? Scharia. Aber die haben das, ich will mal sagen, knallhart ohne Bestechung umgesetzt.

Wie viele Ortskräfte insgesamt sich dem gestellt haben oder so, das wissen wir nicht; wir können die Zahlen nicht nachvollziehen. Wir wussten auch, dass die Taliban natürlich aufgeklärt haben und wussten bei vielen, wo sie sind, wer sie sind, wo die Familien sitzen. Das haben sie aber schon vorher gemacht, nicht jetzt erst beim Abzug. Das



Nichtöffentlich

war immer Thema. Jeder hatte die Möglichkeit, sich der Amnestie zu stellen oder auch nicht. Das war immer Einzelfallentscheidung.

Ich muss noch eins sagen: Man muss von dieser strukturellen Position der Taliban zu den Ortskräften unterscheiden die persönliche Rache oder Vergeltung. Das hat es natürlich auch gegeben. Wenn der ANDSFler und vielleicht die Ortskraft dabei mit beteiligt waren an der Tötung von Familienangehörigen, dann gab es natürlich auch Rache und Vergeltung. Das darf man nicht ausschließen. Das war aber keine strukturelle Sache der Taliban, dass sie strukturell alle, die mal für den Westen gearbeitet haben, hier einer strukturellen Verfolgung unterzogen haben. Und besonders aus unserer Sicht haben die Taliban wenig Druck gemacht auf Ortskräfte, die im Bereich der humanitären Hilfe eingesetzt waren.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber mit der Aussage, dass sozusagen jeder vor ein Scharia-Gericht treten muss - - Würden Sie dann bestätigen, dass sozusagen alle, die das nicht gemacht haben und immer noch vor Ort sind, sozusagen einer Gefährdung noch ausgesetzt sind?

Zeuge O. W.: Ja, sicher. Sicher.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Klärt der BND da weiter die Sicherheitslage auf, das heißt, wie der aktuelle Stand bei den Ortskräften ist, die noch vor Ort sind, bzw. auch - - gefährdeten Personen?

Zeuge O. W.: Nein, nicht bei denen, die vor Ort sind, weil wir nicht wissen, welche Ortskräfte welches Ressort wo vor Ort hat und was vor Ort ist. Wir klären auf, wie die Sicherheitslage sich im Land entwickelt. Und wenn wir mal Einzelmeldungen haben, dann nehmen wir die natürlich auf; aber wir haben weder Kapazitäten - - Der Begriff „Ortskräfte“ ist ja auch enorm ausgeweitet worden: von den gesetzlichen Ortskräften dann über all- - ich weiß nicht genau, wie der Begriff ist - aufnahmeberechtigten Frauenrechtlerinnen, Richter, usw., Medienleute. Aber eine konkrete Aufklärung für einzelne dieser Personen können wir nicht leisten; das ist auch nicht in unserem Auftragsprofil so abgebildet.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, wir erfahren jetzt auch nicht, wenn sozusagen noch Personen zu Schaden kommen, die in diese Kategorie - -

Zeuge O. W.: Nur im Einzelfall, wenn es in den Medien auftritt. Oder wir haben natürlich die Quellen, oder unsere Beschaffung weiß natürlich, dass Ortskräfte weiter ein Thema sind. Und wenn dort Aufkommen generiert wird, dann nehmen wir es natürlich auf und berichten. Aber das ist enorm schwierig und auch kaum zielgerichtet auf Personen, Einzelpersonen zu bewerkstelligen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke auch. - Ich wollte nur den Hinweis geben, weil es hier Fragen gibt wegen der Zeitmessung: Unsere schöne Sitzungsuhr haben wir drüben im Europasaal. Hier haben wir nur eine, die Geräusche macht. Um Ihr Gehör nicht zu belästigen, nehmen wir das Handy von Frau Schultheiß, und da muss ab und zu mal der Bildschirm wieder reaktiviert werden. Das ist alles, weswegen es manchmal ein paar Sekunden dauert. Das ist der einzige Grund. Aber es wird genauso präzise gemessen, und keiner krieget weniger.

Jetzt hat die Kollegin Nanni das Wort.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne noch mal kurz bei dem Komplex Ortskräfte weitermachen bzw. noch mal Ihre Einschätzungen zu den Taliban erfragen. Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie, wenn die Taliban gesagt haben: „Das und das machen wir“ - zum Beispiel Amnestie gewähren, zum Beispiel, wenn jemand Buße tut, ihn nicht bestrafen oder weniger bestrafen, oder zum Beispiel auch Kabul nicht mit Gewalt einnehmen -, erst mal davon ausgehen würden - das war Ihre Erfahrung in der Arbeit -, dass die Taliban sich an das, was sie ankündigen, auch halten.

Zeuge O. W.: Ja, das ist richtig. Das ist unsere Erfahrung. Vielleicht zwei Beispiele: Im Raum Kunduz sind viele aus der Landbevölkerung lieber zum Talibanrichter gegangen als zum GIRoA-Richter, weil sie dort eine klare Rechtsprechung bekommen haben. Ein anderes Beispiel ist: Auf



Nichtöffentlich

den Transportrouten haben die Taliban gegen eine Maut - man kann auch sagen: Schutzgeld, aber wir nennen es ja in Deutschland Maut;

(Heiterkeit)

also die Einnahmen, nicht der Grund; wir nehmen für die Straßenbenutzung ja Geld ein - dann ein Schreiben rausgegeben, und dieses Schreiben war dann gültig auf der gesamten Strecke. Das war bei den Mautstellen der afghanischen Sicherheitskräfte anders. Wir haben auch gesehen, wenn die Taliban angekündigt haben: „Wir machen eine Waffenruhe“, dann wurde die Waffenruhe auch eingehalten. Und wenn die Taliban - - Die Taliban hatten ein Verbot rausgegeben, die Koalitionskräfte anzugreifen aufgrund des Doha-Abkommens. Das wurde eingehalten. Also nach unserer Bewertung waren die Taliban sehr verlässliche Vertragspartner, die sich aber auch an den Wortlaut dieser Abmachung gehalten haben und nicht an - ich sage mal - Präambeln oder so volumige Aussagen. Also, nach unserer Bewertung sind die Taliban immer sehr bestrebt gewesen, das, was sie gesagt haben, was sie verhandelt haben, auch mit NGOs - - das haben die immer eingehalten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Rückfrage noch zu der Maut, wie Sie das genannt haben: Was ist denn passiert, wenn man die nicht bezahlt hat?

Zeuge O. W.: Dann wurde - - Es ist unterschiedlich. Dann wurde das Fahrzeug vielleicht eingezogen und woanders verkauft oder das Fahrzeug abgebrannt, oder da hat wer Prügel gekriegt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also schon Schutzgelderpressung eher.

Zeuge O. W.: Ja, also, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich würde noch mal gerne zu einem anderen Fragenkomplex kommen. Aber ich finde es auch immer gut, wenn man sich die Bälle über die Fraktionen hinweg zuspielt. Deswegen bin ich gerade noch mal dageblieben. Jetzt gehen wir

noch mal zu diesem ganzen Komplex Kippunkte, weil das ja analytisch eigentlich total clever ist, wenn man sich ab einem bestimmten Punkt Gedanken macht: Was muss eigentlich passieren, dass sich die Lage verschnellert?

Was mich jetzt überrascht auch aufgrund dessen, was Sie hier im Ausschuss vorgetragen haben - - dass nämlich für Sie persönlich schon der Übergang von ISAF zu Resolute Support quasi am Beginn einer Negativentwicklung stand und wir ja auch hier im Ausschuss wissen, dass mindestens seit November 2020 Emirat 2.0 als die wahrscheinlichste Entwicklung in Afghanistan bewertet wurde. Das heißt, es war im Prinzip absehbar: Es gibt ein Ende der Republik, die Frage ist nur noch, wann. Das nehme ich jetzt aus dem, was Sie gesagt haben, aber auch aus dem, was wir bisher gemacht haben. Deswegen frage ich mich: Warum wurden die Kippunkte nicht früher definiert als Mitte August 2021?

Zeuge O. W.: Zunächst muss ich einmal sagen, dass es nicht sicher war, dass es das Emirat 2.0 gibt, sondern nur unser wahrscheinlichstes Szenario. Es gab ja auch andere Szenarien, wie zum Beispiel Bürgerkrieg. Und es gab auch das Szenario einer inklusiven Regierung, was wir aber unter 5 Prozent hatten.

Die Kippunkte sind erst im August, möchte ich mal sagen - - Oder wir hatten sie schon ein bisschen eher auf dem Schirm, aber wir haben sie erst im August veröffentlicht. Das lag einfach daran, weil über diesen langen Zeitraum relativ unklar war, wie sich die Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte, für die Regierung weiter entwickeln würde. Es gab ja Überlegungen über eine neue Mission nach Resolute Support. Es gab Überlegungen über eine Counter Terrorism Mission der Amerikaner. Es gab die Frage: Bleiben die USA mit Kräften in Kabul mit ihrer Botschaft? Die hatten im August noch 900 US-Amerikaner dort, ja. Das hätten die Taliban nie angegriffen. Und deswegen war die Lage - Sie haben ja zum Beispiel das Emirat 2.0. geschildert -, strategische Entwicklung, strategische Überlegung: Was kann kommen in welcher Priorität? Und da haben wir gesagt: Das Emirat ist das Wahrscheinlichste, was kommt, und das andere



Nichtöffentlich

waren taktisch-operative Ereignisse, die zum Fall von Kabul führen sollten. Insofern gab es da einen Unterschied.

Ich will vielleicht noch mal sagen: Ein Punkt, der in der Berichterstattung - vorhin ist ja nach Berichterstattung gefragt worden - immer eine Kernfrage ist: Wann komme ich mit der Berichterstattung raus? Komme ich früh raus mit wenig Information, mit einer Erstmeldung? Komme ich später raus, indem ich noch einmal gesteuert habe, das verdichtet habe usw.? Das ist ja eine der Kernfragen. Bei Analysen dauert es länger, bei schnellen Meldungen, die rausmüssen, als Warnhinweis, muss es schnell gehen usw. Und meine Maxime war immer: Die Meldung muss zeitgerecht raus, also vor dem Ereignis. Und wir lagen bei dieser Meldung vor dem Ereignis, vor dem ersten Kippunkt. Und man kann natürlich sagen, man hätte es noch eine Woche eher machen können oder zwei Wochen eher. Ja, hätte man machen können, aber da hatten wir gar kein anderes Lagebild. Auch da hätten wir geschrieben: 9/11. Das sind die Kippunkte. Wenn die eintreten, geht's schneller. Es hätte praktisch - - Es hat an unserem Lagebild nichts geändert, das eher zu machen. Die Ressorts hätten - - Ob die anders reagiert hätten, wenn sie es eine Woche eher gewusst hätten, weiß ich nicht, kann ich nicht beurteilen. Aber der erste Kippunkt trat erst nach unserer Berichterstattung ein. Und insofern war die Maxime, die ich immer hatte, zeitgerecht vor dem Ereignis getroffen. Dass man diskutieren kann, geht auch eher, ja, ist sicherlich richtig.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, wir nähern uns des Pudels Kern. Die Frage in dem Kontext ist ja auch: Wann wäre sozusagen ein guter Zeitpunkt gewesen des Bedarfsträgers, im Beschaffungsauftrag etwas aufzunehmen, was sich um die Perspektiven Afghanistans dreht? Und genau so eine Frage des Falls sozusagen - - Ich würde das gerne noch verbinden mit einem Moment, der auch in den Unterlagen vorkommt. Es handelt sich um MAT A BND 3.82 VS-NfD, Blatt 184. Da fand am 23.04. am Vormittag auf Einladung von LBA eine Schaltte zur kurzfristigen Verzahnung mit beschaffenden Bereichen unter Federführung des

Referats LBA inklusive Sachgebiete statt. Anlass war - und jetzt zitiere ich hier aus der Einladungsmail, in der Sie auch in Kopie waren -:

... aufgrund der sich rasant entwickelnden Lage in AFG (Rückverlegung Bw bis 04.07. oder spätestens 11.09.2021) und der sich daraus ergebenden Informationsbedarfe LBA bitte ich um Teilnahme an einer kurzfristigen Verzahnung zum Lageabgleich und Steuerung.

Der Verstoß der IG/Koalitionskräfte gegen das US-Taleban-Abkommen vom 29.02.2020 und die sich daraus ergebenden bisherigen und nahezu sicheren zukünftigen Reaktionen der Taleban erhöhen die Gefährdung der eigenen Kräfte (militärisch und zivil) massiv.

Zu welchem Ergebnis kamen Sie denn damals bei der Verzahnung?

Zeuge O. W.: Grundlage für diesen Punkt war, wie es aus der E-Mail hervorgeht, dass wir gesehen haben, dass der Abzug nicht wie im Vertrag vereinbart stattfinden sollte, sondern darüber hinausgeht, und wir da gesehen haben, dass die Taliban das natürlich als massiven Vertragsbruch gesehen haben, und wir das mit der Beschaffung insofern besprechen wollten, welche Möglichkeiten wir noch mal haben, insbesondere in unserer Aufklärung oder bei unseren - das kann ich, glaube ich, hier sagen - Quellen, bei den Taliban festzustellen, ob es konkrete Absichten gibt, wie die aussehen. Das war das Ergebnis. Parallel dazu haben wir das in die Berichterstattung gebracht, dass wir hier eine besondere Gefährdung sehen, aber auch - und das wurde, glaube ich, dann auch vom Auswärtigen Amt so aufgenommen - die Möglichkeit, mit den Taliban in Doha zu sprechen und denen zu erläutern, warum der Abzug nicht pünktlich erfolgt. Und wir sind davon ausgegangen, in Kenntnis der Talibanposition, dass sie eine Verzögerung aufgrund von logistischen Problemen akzeptieren würden - also in diese Richtung -, dass sie aber nicht eine Verzögerung aufgrund einer Verlängerung des Einsatzes akzeptieren würden nach dem Motto „Wir



Nichtöffentlich

ziehen jetzt doch nicht ab, wir bleiben jetzt so lange da, bis ihr Frieden macht und diese Dinge“; das hätten die Taliban nicht akzeptiert. Das war eine Position, die wir eingebracht haben, um hier - ich möchte mal sagen - Schaden von den Kräften, die halt jetzt über dieses Datum hinaus in Afghanistan geblieben sind, abzuwenden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in dem Kontext hat dann auch die Mandatsverlängerung, die ja standardmäßig ein Jahr ist, im deutschen Parlament für Unruhe gesorgt und musste einsortiert werden.

Zeuge O. W.: Ja, das muss dort einsortiert werden. Die Taliban haben sehr genau verfolgt, welche Nation den USA folgt und welche nicht. Und mit der Mandatsverlängerung über den 1. Mai hinaus haben die Taliban - schon mit der Diskussion darum - gesagt: Deutschland ist der Treiber einer Verlängerung des Einsatzes. - Und die Taliban haben sich sehr genau an das Abkommen gehalten. Das hieß, es werden keine Koalitionstruppen angegriffen. Aber im April hat die Talibanführung diese oder - - Planung der Taliban in Nordafghanistan, deutsche Kräfte anzugreifen, genehmigt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, die - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt endet aber wirklich die Befragung. Ich wollte Sie vor der letzten Frage schon unterbrechen, weil die Zeit abgelaufen ist, aber habe das zugelassen. - Jetzt wechselt das Fragerecht zur AfD.

Zeuge O. W.: Könnten wir vielleicht eine Pause einlegen, bevor wir fortsetzen, bitte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir können die sofort machen. Wir sind aber sozusagen auch fast am Ende der Runde. Wie Sie mögen. Wollen wir sie sofort machen?

Zeuge O. W.: Es kommen noch drei, glaube ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da haben Sie recht. Und dann unterbrechen wir für zehn Minuten.

Zeuge O. W.: Wie lange ist das?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir können dann jetzt für zehn Minuten unterbrechen.

Zeuge O. W.: Danke.

Stefan Keuter (AfD): Reichen Ihnen zehn Minuten?

Zeuge O. W.: Wie bitte?

Stefan Keuter (AfD): Reichen Ihnen zehn Minuten, oder wollen Sie länger?

Zeuge O. W.: Ja, vielleicht eine Viertelstunde. Da wäre ich dankbar. Danke.

(Unterbrechung von
19.00 bis 19.20 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die 15 Minuten sind samt Mehrwertsteuer rum. Sie haben sich alle gestärkt. Wir beleben ein bisschen die Berliner Konjunktur da draußen. Das ist auch gut. Der Zeuge ist auch wieder da. Dann können wir unsere Sitzung fortsetzen. Das Fragerecht geht zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Was wissen Sie über die Freilassung der Attentäter und/oder Drahtzieher der Anschläge auf die deutsche Botschaft in Kabul, der 2017 erfolgte, und das deutsche Generalkonsulat in Masar-i-Scharif in 2016 im Zuge der in Doha verhandelten Gefangenenaustausche?

Zeuge O. W.: Ich kann im Moment nicht sagen, ob Attentäter freigelassen wurden. Das kann ich im Moment nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Haben Sie Kenntnis davon, dass eventuell internationale Partner Druck auf Deutschland ausgeübt haben oder versucht haben, Einfluss zu nehmen, auch wenn Sie das Ergebnis jetzt nicht kennen?

Zeuge O. W.: Worauf Einfluss zu nehmen?



Nichtöffentlich

Stefan Keuter (AfD): Auf mögliche Gefangenenaustausche oder -freilassungen.

Zeuge O. W.: Also Druck auf Deutschland nicht, aber es gab bei der einen oder anderen Nation Vorbehalte, weil dort klarer war, möchte ich mal sagen, dass Attentäter unter diesen freizulassen den Gefangenen waren.

Stefan Keuter (AfD): Wer hatte diese Vorbehalte?

Zeuge O. W.: Das kann ich auch nicht mehr sagen. Ich weiß nur noch, dass es, ich nehme an, so eine Handvoll bis zehn Personen gab, wo es international aus einzelnen Nationen Vorbehalte gab, die das nicht wollten. Aber ich kann im Moment nicht mehr sagen, welche.

Stefan Keuter (AfD): Ich will auch nicht weiter - - Ich will Sie ja nicht in Sachen Konsultationen irgendwie so in Konflikte bringen.

Nächste Frage: Hatten Sie in irgendeiner Weise mal den Eindruck, dass im Bundeskanzleramt gewisse Tatsachen, die sich in Afghanistan zutragen und über die Sie berichtet hatten, ungerne zur Kenntnis genommen wurden und, wenn ja, welche waren das?

Zeuge O. W.: Also, mein Eindruck spielt da, glaube ich, überhaupt keine Rolle, ob ich das hatte. Aber ich hatte ja vorhin schon Staatssekretär Geismann zitiert, der gesagt hat: Wir wollen uns ehrlich machen, wir wollen ehrlich sein, und wir wollen vom BND das Lagebild wissen, was der BND hat und nicht irgendein anderer gerne hätte. Ich glaube, das spricht für sich.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Was können Sie uns über das Gespräch sagen, das BND-Präsident Kahl mit Staatssekretär Geismann im Dezember 2020 im Kanzleramt führte?

Zeuge O. W.: Gar nichts.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Das ist eine klare Aussage. - Hat es Sie gegen Ende des Untersuchungszeitraums gewundert, dass die deutschen Medien die vermeintliche Bedrohung früherer Ortskräfte

durch die Taliban ständig thematisierten, während die deutsche Öffentlichkeit nicht oder kaum erfuhr, dass frühere Spitzenpolitiker der von den Taliban jahrzehntelang mit kriegesischen Mitteln bekämpften Republik, wie etwa Karzai oder Abdullah, unter den Taliban straffrei blieben?

Zeuge O. W.: Können Sie das noch mal wiederholen, worauf Ihre Frage - -

Stefan Keuter (AfD): Ja. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums hatten wir festgestellt, dass die Informationslage oder die Medien auf die Bedrohung der Ortskräfte durch Taliban abgezielt hatten, aber völlig außer Acht gelassen haben, dass ja Karzai oder Abdullah, die ja eigentlich das Symbol der afghanischen Republik waren und der Vertretung des Westens, völlig unbehellig im Land gelebt haben. Warum - die Frage - sollte die Bedrohung der Ortskräfte größer sein als der Spitzenpolitiker? Das war die Wahrnehmung über die Medien. Und da habe ich Sie gefragt, ob Sie eine ähnliche Empfindung hatten und vielleicht dafür eine Erklärung.

Zeuge O. W.: Ich muss eingestehen, mir fällt es immer noch schwer, die konkrete Frage jetzt für mich als BND-Zeuge für Sachfragen festzustellen. Also, was die Medien schreiben, das kommentieren wir nicht. Das machen wir nicht. Insofern - -

Stefan Keuter (AfD): Ich hatte Sie nach Ihrem Eindruck da gefragt. Aber wenn Sie es nicht weiter kommentieren wollen, nehme ich das so zur Kenntnis und komme ein bisschen näher wieder an Ihre Tätigkeit. Was wissen Sie über Spionagetätigkeiten für die Taliban durch von der Bundeswehr ausgebildete Soldaten der ANDSF?

Zeuge O. W.: Aus meinem Aufkommen sind mir dort keine Fälle genannt. Ich kann aber sagen, dass es natürlich auch bei der ANDSF Überläufer gab. Ob die durch Deutschland oder wen ausgebildet wurden, das muss man im Einzelfall gucken. Da haben wir kein Aufkommen. Das haben wir nicht verfolgt. Und ob die Überläufer dann spioniert haben oder was die gemacht haben, das wissen wir auch nicht. Aber es gab Überläufer - nicht in großer Anzahl - zu den Taliban. Aber das



Nichtöffentlich

ist, glaube ich, in jedem Konflikt so, dass dort mal die Seiten gewechselt werden.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Also solange das kein strukturelles Problem ist, interessiert uns das hier auch nicht weiter.

Letzte Frage in dieser Runde: Was können Sie uns über die Innentäterangriffe durch von der Bundeswehr ausgebildete Soldaten der ANDSF sagen?

Zeuge O. W.: Überläufer haben auch Innentäterangriffe gemacht. Da gab es einzelne. Wir haben aber kein Aufkommen, durch wen die ausgebildet wurden. Es war ja ein Verbund, und wer wen dort ausgebildet hat, das haben wir nicht nachvollzogen.

Stefan Keuter (AfD): War das ein Problem mit den Innentäterangriffen, oder waren das vereinzelte Einzelfälle, die zu vernachlässigen waren?

Zeuge O. W.: Also es war kein Massenphänomen, es waren wirklich Einzelfälle. Es gab auch sehr strenge Auflagen, also Überprüfungen. Es gab für die deutschen Einsatzkräfte - - Ich will mich da nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, weil das ja ein Thema der Bundeswehr ist. Aber es gab den sogenannten Guardian Angel, also immer Soldaten, die nur aufgepasst haben, dass dem Ausbilder nichts passiert. Also, da wurden Vorkehrungen getroffen. Es wurde auch ein Screening bei den afghanischen Sicherheitskräften eingeführt, um halt festzustellen: Hat jemand Talibankontakte, oder hat er sie nicht? Die Fälle gab es mal, aber wirklich nicht in großer Anzahl.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. Unsere Zeit ist leider immer viel zu knapp bemessen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie ist jedenfalls zu Ende, und die FDP hat das Fragerecht.

Alexander Müller (FDP): Ich starte mal mit zwei, drei Fragen und übergebe dann an die Kollegin. Ich habe noch mal eine Frage zu dieser Krisenstabssitzung am 13.08. abends, als die Evakuierungsoperation geplant wurde. erinnern Sie sich noch daran, ob es da Diskussionen darüber gab,

ob man ein neues Bundeswehrmandat braucht oder nicht? Wir hatten ja das alte Bundestagsmandat Afghanistan, hatten am 30.06. alle Truppen nach Hause geholt, aber das wäre formal ja noch weitergelaufen. Die Presse berichtete damals, dass es innerhalb der Bundesregierung Diskussionen gab, ob man ein neues Bundeswehrmandat braucht oder nicht. War das an dem Abend Thema?

Zeuge O. W.: Ich bin mir da nicht mal sicher. Ich meine aber, es wurde alles diskutiert, was um diese besondere Evakuierungsoperation, die ja dann vorbereitet wurde, ging. Es war schon Thema; aber ob das jetzt genau um ein neues Mandat ging oder nicht, das kann ich nicht mehr sagen. Ich weiß auch nicht, ob das Protokoll zu dieser Frage irgendwas hergibt.

Alexander Müller (FDP): Erinnern Sie sich noch, ob es damals an diesem Abend schon Aussagen der Bundeswehr gab, ab wann man in der Lage wäre, die Evakuierungsoperation zu starten? Auch da lagen uns Informationen vor, dass man wohl gesagt hat, wir können da relativ schnell loslegen, wahrscheinlich sogar sofort in dem Bereich. Erinnern Sie das noch?

Zeuge O. W.: Also, es wäre relativ schnell möglich gewesen; aber man hat nach meiner Erinnerung die Frage der Information des politischen Raumes erst mal in den Vordergrund gestellt, dann das vorbereiten zu lassen und dann die Auslösung später zu entscheiden.

Alexander Müller (FDP): Ja, die Information des politischen Raumes wäre ja die Aufgabe der Ämter gewesen. Aber mir ging es jetzt rein um die Bundeswehr, ob jemand von der Bundeswehr - wahrscheinlich Inspekteur der Luftwaffe oder irgendjemand von der Luftwaffe - dann befragt wurde: Wann können wir starten? War das ein Thema, dass man sich über einen möglichen Start, wann es losgehen kann, Gedanken gemacht hat an dem Abend?

Zeuge O. W.: Nach meiner Erinnerung, ja. Aber ich weiß nicht mehr, welche Zeiträume dort genannt wurden.



Nichtöffentlich

Alexander Müller (FDP): Okay. - Dann habe ich noch eine letzte Frage zu der Lageeinschätzung kurz vor dem 15.08. Wir hatten eben drüber gesprochen. Da hatten Sie auf Herrn Schahin verwiesen, auf ein öffentliches Interview. Gleichzeitig haben Sie aber später auf die Fragen des Kollegen Erndl zum Beispiel gesagt, dass das allgemeine Talibanziel ja bekannt war, dass man ein islamisches Emirat mit der Scharia als Gesetzesgrundlage schaffen wollte und dass es unterschiedliche Talibanfraktionen gab. Wenn also doch bekannt war, dass das Ziel der Taliban - das war ja seit Doha bekannt, dass die ein Emirat oder dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit - - Dass es ein Emirat geben würde, das haben Sie als hochwahrscheinlich empfunden. Aber dass die Taliban es wollten, das war ja Fakt. Warum haben Sie die Aussage, die öffentliche Aussage von Schahin - - oder warum hat der BND das so hoch bewertet, mit der Folge, dass man nicht damit gerechnet hat, dass man den Angriff auf Kabul wagen würde, wenn man doch wusste, dass das Ziel der Taliban schon ein Emirat und die Scharia ist und dafür natürlich Kabul hätte erobern müsse?

Zeuge O. W.: Ja, das strategische Ziel der Taliban war auch schon vor dem Doha-Abkommen bekannt, also hatten wir schon deutlich vorher darüber berichtet. Das war halt eine strategische Entwicklung mit einem Endziel. Die Aussagen von Schahin - ich hatte es vorhin schon mal gesagt - bezogen sich ja auf eine taktisch-operative Einnahme Kabuls. Und wir wissen, dass die Taliban viel Zeit hatten. Die haben schon über 20 Jahre dafür gekämpft. Und die hatten die Zeit, abzuwarten, bis der Abzug abgeschlossen ist, und danach Kabul langsam friedlich einzunehmen, möchte ich mal fast sagen, wobei „friedlich“ sicherlich nicht der richtige Ausdruck ist, aber ohne einen großen Angriff. Diese taktische Aussage, in 30 bis 90 Tagen das zu machen, widerspricht ja nicht der strategischen Aussage, dass man am Ende ein Emirat errichten möchte. Das sind ja zwei Dinge, die nebeneinander laufen: Wir erreichen das strategische Ziel, indem wir taktisch nicht heute, nicht morgen, aber vielleicht in 30 bis 90 Tagen als letzten Puzzlestein Kabul einnehmen.

Alexander Müller (FDP): Und dass diese Aussage von Schahin vielleicht aus taktischen Gründen öffentlich gemacht worden ist, hat man das damals in die Bewertungen einbezogen? Einfach um davon abzulenken, dass man Kabul einnehmen will.

Zeuge O. W.: Also, die Taliban wollten natürlich immer Kabul einnehmen; aber sie waren auch im Juli noch sehr weit davon entfernt, das überhaupt militärisch zu können, weil sie noch viel zu weit weg waren, weil ihre Kräfte in anderen Provinzen konzentriert waren. Deswegen: Ja, es hätte eine taktische Aussage sein können. Sie wurde uns aber bestätigt, wie ich vorhin schon sagte, durch ND-Aufkommen aus der ersten Augustwoche aus dem Führungsbereich der Taliban, die das Gleiche sagten. Ich hatte ja vorhin erwähnt, dass wir da noch mal praktisch die gleiche Aussage, aber durch ND-Aufkommen bekommen hatten. Und deswegen war das für uns einer der wesentlichen Bausteine, dann unsere Lagebewertung auch Richtung 9/11 als einen Termin zu bewerten.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann möchte ich kurz anschließen. Sie haben ja gesagt, dass auf dieses Erreichen dieser taktischen Kippunkte aufseiten der deutschen Seite auch durch die Evakuierungsplanung dann irgendwann mal reagiert wurde. Aber wurde denn auch auf diese strategischen Prognosen, die Sie gegeben haben, bereits im Vorfeld und langfristig durch entsprechende Vorbereitung reagiert, und zwar von allen Ressorts? Konnten Sie da was beobachten und, wenn ja, was?

Zeuge O. W.: Ja, konnten wir beobachten, weil wir an Besprechungen teilgenommen haben, auch an Staatssekretärsrunden und natürlich auch im direkten Austausch waren. Nach meiner Erinnerung hat das Auswärtige Amt sehr stark versucht, die Verhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung zu befördern. Es ging da - - Da war der Sonderbeauftragte der Bundesregierung sehr stark engagiert. Dass man versucht hat, möglichst noch vor dem Abzug die Friedensverhandlungen voranzutreiben und zu einem möglichst guten Ergebnis zu kommen, was die afghanische Regierung angeht, also, das



Nichtöffentlich

haben wir schon beobachtet, dass hier das versucht wurde. Für die Bundeswehr, glaube ich, gab es nach der Abzugsentscheidung und nachdem der Termin festlag, kaum noch Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich, nachdem die Entscheidung gefallen war und der Abzug erfolgte. Aber beim Auswärtigen Amt war das deutlich festzustellen, dass man halt versucht hat, den Friedensprozess voranzutreiben, möglichst bevor der Abzug abgeschlossen ist, dass man auch natürlich Überlegungen angestellt hat über eine Folgemission, vielleicht im Rahmen der NATO. Da gab es schon Aktivitäten; aber das ist natürlich ein Punkt, den Sie das Auswärtige Amt noch mal fragen müssen, was dort im Einzelnen dann gemacht wurde.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War Ihr persönlicher Eindruck, dass die Reaktionsweise der Ressorts adäquat zu dem von Ihnen beschriebenen strategischen Lagebild war? Also sprich: Wurde zum Beispiel Abzug im weitesten Sinne auch von Botschaften oder Entwicklungshilfeprojekten und solchen Dingen langfristig geplant, weil ja klar war, also wahrscheinlich war, dass es eben dieses Emirat geben würde und dass man eben - -

Zeuge O. W.: Ich meine, in den Protokollen der Staatssekretärsrunde finden sich solche Aspekte wieder. Aber ich weiß, dass das BMZ zum Beispiel Planungen angestellt hat, wie es danach weitergehen könnte, relativ frühzeitig, wo wir auch mal geladen waren als - - Das weiß ich. Und beim Auswärtigen Amt war natürlich auch die Frage: Behalten wir eine Botschaft dort? Wie könnte das aussehen? Unter welchen Bedingungen? Das wurde schon überlegt, was man macht nach dem Abzug.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir mit dem Fragerecht bei der Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ich würde an das anschließen, was Herr Kollege Müller gesagt hat, aber auch ein bisschen an das, was ich Sie in der vorherigen Runde gefragt habe. Und Sie haben es gerade auch noch mal erwähnt, Sie haben zur Situation Lage um den 15. August herum gesagt, dass Sie Informationen, also ND-

Aufkommen, aus dem Führungsbereich der Taliban erhalten haben. Wie kamen Sie denn zu der Einschätzung, dass Sie darauf, was Ihnen da gesagt wurde, auch vertrauen können?

Zeuge O. W.: Erstens. Wir bewerten ja im Rahmen unserer Auswertearbeit Meldungen. Und wir haben festgestellt, dass die Meldung dieser Quelle - - Also, wir bewerten keine Quellen - das macht ein anderer Bereich -, aber wir bewerten die Meldungen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Meldungen, die wir von dieser Quelle hatten, zutreffend waren, also eigentlich immer stimmten. Deswegen hatten wir einmal da den Eindruck, dass diese Absicht - es war ja eine Absichtserklärung - zutreffend ist, weil sie ja auch schon durch den Pressesprecher der Taliban einmal genannt wurde, nämlich im Juli in dem Interview; ich glaube, es war mit der „New York Times“. Ergänzend haben wir natürlich diese Meldung überprüft, indem wir geguckt haben - und ich hatte vorhin ja gezeigt, wie die Lage um Kabul war -: Ist was anderes möglich? Und die Kräfte, gerade in der ersten Augustwoche, waren noch so, dass die Taliban nicht in der Lage gewesen wären - wie ich es vorhin schon ausgeführt habe -, Kabul jetzt schnell sofort einzuschließen. Insofern war es ein Abgleich mit anderen Informationen, mit unserer Erfahrung über die Quelle, dass wir zu der Einschätzung gekommen sind: Ja, das ist die Absicht.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wurde das dann im Nachgang noch mal neu bewertet? Weil das war ja eine falsche Einschätzung. Haben Sie dann im Nachgang noch darüber - - Gab es da noch Austausch mit anderen Ressorts? Wie war dann der Umgang damit?

Zeuge O. W.: Also, nach unserer Bewertung war es ja keine falsche Einschätzung, weil die Taliban ja nie die Absicht hatten, Kabul im Kampfe einzunehmen, sondern die hatten die Absicht, wie ich schon erwähnt habe, Kabul zu umschließen, den Druck zu erhöhen und dann die friedliche Übergabe zu erreichen. Und Kabul wurde ja auch friedlich übernommen, es wurde ja so gut wie gar nicht gekämpft. Im Gegenteil: Die Taliban wur-



Nichtöffentlich

den ja in die Stadt geholt, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Also, insofern war die Einschätzung einer friedlichen Einnahme richtig.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ich würde noch mal - -

Zeuge O. W.: Und im Nachgang, nach dem 15.08., war dieser Ablauf kein Thema mehr, ich sage mal, in der zukunftsgerichteten Berichterstattung oder in dem, was die Ressorts wissen wollten. Da ging es nur darum: Wie geht es nun weiter, was passiert jetzt? Die rückwirkende Betrachtung dieser ganzen Sache, die erfolgte ja erst im Nachhinein, weil unser Präsident ja im Verteidigungsausschuss war, im PKGr war usw. Aber für uns in der Auswertung war es halt wichtig, nach dem 15.08. die Lage darzustellen: Wie ist sie denn für die Evakuierungskräfte, wie ist sie für die Ortskräfte, wie ist sie in Kabul, wie ist sie für die Leute - wir hatten ja auch noch Leute am Flughafen, und die Bundeswehr hatte ja Leute auf dem Flughafen -, wie ist da die Sicherheitslage? Das war unsere Priorität: also nach vorne zu gucken, zukunftsgerichtet, die Lage festzustellen und zu bewerten.

Clara Bünger (DIE LINKE): Also, mein Verständnis -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Frage lasse ich Ihnen noch.

Clara Bünger (DIE LINKE): - von einer friedlichen Übergabe ist anders. - Leider ist meine Zeit schon wieder zu Ende.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Frage gebe ich Ihnen noch.

Clara Bünger (DIE LINKE): Bitte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die eine Frage können Sie noch stellen, bitte.

Clara Bünger (DIE LINKE): In Bezug auf die Beurteilung und in Bezug auf das, was wir mit den Kippunkten gerade erläutert haben, wäre meine Frage, weil es dann ja eine relativ schnelle Entwicklung gab: Was war der Anlass, diese

Kippunkte zu beschließen, und wann hat man das ganz konkret gemacht?

Zeuge O. W.: Also, wir hatten über die Kippunkte bei uns intern schon nachgedacht so etwa Ende Juli und das Anfang August weiter diskutiert und vervollständigt - und ich hatte ja vorhin schon ausgeführt, weil hier ja eine ähnliche Frage kam - und hatten dann entschieden, sie rauszubringen. Das geschah dann am 12.; also wir hatten es am 11. praktisch schriftlich fertig.

Clara Bünger (DIE LINKE): Und der Anlass? Was war der Anlass für die Erstellung?

Zeuge O. W.: Ja, der Anlass war unsere Überlegung, dass wir ein Basisszenario hatten, was ich ja mehrfach dargestellt habe, dass es aber Ereignisse gibt, die das beschleunigen könnten. Das war unsere Überlegung. Und die Überlegung hat dann dazu geführt, zu sagen: Das ist ein Ereignis, was es beschleunigen kann, das und das und das. Und dann haben meine Leute praktisch überlegt: Was ist denn so ein Kippunkt, und wie formulieren wir das?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt beginnt die dritte Runde. - Das Wort hat der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja, das Thema Kippunkte beschäftigt mich auch noch einigermaßen intensiv, und ich kann Ihnen die Fragen leider nicht ersparen. Ich war vor Kurzem bei einem Briefing in Ihrem Haus. Und da wurden uns Kippunkte für Entwicklungen in einem anderen Land präsentiert, die derart formuliert waren, dass sie auch vielleicht in einem Jahr, in zwei Jahren, in drei Jahren oder auch noch zu einem späteren Zeitpunkt relevant werden können. Aber man hat es fünf Jahre im Voraus definiert, solche Kippunkte. Wenn Sie jetzt heute hier sagen, dass die Kippunkte das erste Mal im Frühsommer/im Sommer diskutiert worden sind und dann am 12. August tatsächlich finalisiert und veröffentlicht worden sind: War das eine Entscheidung, die Sie in Ihrer eigenen Funktion getroffen haben? Wurde das im Hause abgesprochen? Wer hat sie genehmigt? Wer hat sie nach außen gegeben?



Nichtöffentlich

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Das Mikro,
bitte!)

Zeuge O. W.: Also, ich war ja als Sachgebietsleiter zuständig für die Berichterstattung. Und ich meine, wir hatten die noch mal diskutiert abschließend, und am 11. war das Schreiben fertig, und es ist dann am 12. veröffentlicht - - oder rausgegangen. Ich meine, dass ich natürlich die Entscheidung auch treffe, wann was rausgeht, und die letztendgültige Freigabe erfolgt durch den Referatsleiter. Es gab also da keine Verzögerung dadurch.

Jörg Nürnberger (SPD): In welcher Art von Produkt wurden dann diese Kippunkte - - und an wen wurden sie weitergeleitet?

Zeuge O. W.: Das war ein Schreiben ans Bundeskanzleramt, und am 13. wurden sie dann in der Krisenstabssitzung mündlich vorgetragen. Ich meine auch, die Krisenstabssitzung war nicht abends, wie ich es hier im Moment gehört habe, sondern früher, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

Jörg Nürnberger (SPD): Wurde mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, dass diese Kippunkte jederzeit eintreten könnten? Oder wurden sie nur als formale Kriterien für eine mögliche andere Entwicklung dargestellt? Welche Relevanz haben Sie diesen Kippunkten in Ihrer Äußerung beigemessen?

Zeuge O. W.: Der Ablauf bei der Krisenstabssitzung war so, dass unsere Vizepräsidentin ein paar einleitende Worte gesagt hat und da auch das von uns entwickelte Szenario, also den Kernpunkt, dargestellt hatte. Ich habe dann das noch mal ergänzt, so wie ich es hier getan habe - wie sind wir darauf gekommen, wie ist das Szenario? -, und dann hatten wir vorgesehen, dass unser Referatsleiter - - das ist, glaube ich, der Zeuge S. R., wenn ich das richtig habe - -

Jörg Nürnberger (SPD): Das haben Sie eben schon gesagt.

Zeuge O. W.: Der hat dann extra noch mal das Wort ergriffen, um ganz deutlich und klar die Kippunkte darzustellen. Und nach meinem Eindruck sind sie auch so aufgenommen worden, wie sie dargestellt wurden. Also, wir hatten den Ablauf auch extra so gewählt, dass er noch mal das Wort ergreift, um halt diesen Kippunkten besondere Bedeutung zuzuschreiben.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie dann in der Nachbetrachtung Ihrer Verhaltensweise, nach Eintreten der Kippunkte, die ja innerhalb von 48 Stunden sich dann zu großen Teilen verwirklicht haben - ich meine, allein dieser Zeitraum, 48 Stunden, ist ja, wo Sie Afghanistan ja über 20 Jahre beobachtet haben, ein extrem kurzer Zeitraum und gibt wahrscheinlich auch der Regierung und den beteiligten Ressorts nur sehr wenige Handlungsmöglichkeiten, sofort drauf zu reagieren -, haben Sie jetzt in der Nachbetrachtung Rückschlüsse darauf gezogen, dass eine derartige Bewertung in anderer Methodik erfolgen sollte, um die Regierungen als handelnde Organe rechtzeitig darauf hinzuweisen, was Kippunkte sein können, damit man auch besser bewerten kann und besser einschätzen kann, zu welchem Zeitpunkt Maßnahmen getroffen werden müssten? Weil hier war die Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt, 48 Stunden später.

Zeuge O. W.: Ich hatte vorhin schon gesagt, dass wir viel Wert darauf gelegt haben, rechtzeitig zu berichten, also vor dem Ereignis; und das waren wir. Wenn wir eine Woche vorher berichtet hätten, frage ich mich jetzt: Hätte die Regierung dann anders reagiert? Weil die Kippunkte ja noch weit weg waren. Also, ich hatte ja vorhin schon eingeräumt: Man kann immer darüber diskutieren, etwas früher oder etwas später zu berichten. Da haben Sie vollkommen recht. Wir hätten es vielleicht auch eher machen können. Aber hätte es irgendwas geändert? Das weiß ich nicht, ob das so wäre. Wir haben natürlich überlegt, was man anders machen könnte, was man anders machen kann, in unserer Retrobetrachtung. Und es ist auch ein Punkt, dass man die Taktung von Meldungen in so einem dynamischen Bereich erhöhen kann. Das ist sicherlich ein Fakt. Den haben wir für uns auch gerade in diesen dynamischen Lagen so aufgeschrieben. Aber die Taktung



Nichtöffentlich

war hier ja schon so: Am 12. das Schreiben raus, am 13. die mündliche Unterrichtung, und dann war es schon passiert, ja? Und gerade diese Berichterstattung eher wäre sicherlich möglich gewesen. Ob es in der Reaktion der Regierung irgendwas geändert hätte, weiß ich im Moment nicht.

Wir haben sicherlich auch uns Möglichkeiten überlegt, die Ressorts an höherer Stelle zu erreichen; aber das ist natürlich so eine Frage, die mal besprochen werden muss auf Leitungsebene und auf höherer Ebene. Sie haben ja selbst gesagt, Sie waren zum Briefing da. Das kann man vielleicht auch auf Ressortebene machen, wobei ich sagen muss: Mit der Arbeitsebene waren wir ständig im Kontakt. Also, wir haben ja - ich hatte es schon zum BMVg ja erwähnt - täglich telefoniert, wir hatten feste Jours fixes mit dem Auswärtigen Amt, wir haben da sehr intensiv mit denen gesprochen, und denen war die Lage immer bekannt. Ich glaube auch, es gab eine Ressortbesprechung noch in diesem Zeitraum vorher - vor den Staatssekretärrunden waren ja immer Ressortbesprechungen -, dass das schon sehr intensiv war, aber dass man das natürlich immer noch intensiver machen kann.

Und wir haben natürlich auch festgestellt - Sie haben ja vorhin schon ein bisschen schmunzelnd die Wahrscheinlichkeitsdebatte angesprochen -, ob man beim Wording für den Bedarfsträger vielleicht Dinge anders beschreiben kann. Das muss man sehen. Das haben wir als einen unserer Prüfpunkte identifiziert, wobei ich sagen muss: Diese Tabelle ist an jeder Berichterstattung untendran. Also, jeder, der den Bericht liest, weiß, wenn wir schreiben „wahrscheinlich“, welche Prozentzahl das ist. Das will ich hier auch noch mal sagen. Es ist also nichts, was unserem Bedarfsträger jetzt völlig unbekannt ist.

Ja, aber das sind so Punkte. Wir haben natürlich auch noch überlegt, einen Advocatus Diaboli einzuführen, also jemanden, der immer dagegen redet, wenn wir sagen: „Die Taliban kommen morgen“, der dann sagt: „Nee, die kommen schon heute oder kommen erst übermorgen“.

Also auch das sind Dinge, die wir überlegt haben, wobei wir eigentlich das in den Lagegesprächen auch immer hatten: kontroverse Diskussionen um die Lage. Aber es gibt so eine Reihe von Punkten, wo wir gesagt haben: Das müssen wir prüfen; da müssen wir gucken, ob wir da bei uns selbst Dinge anders machen können, damit der Bedarfsträger vielleicht die Lage aufnimmt. - Aber es ist auch so - ich habe die Folien gezeigt -: Die Lage wurde immer schlechter. Das ist natürlich dann auch schwierig, da das noch konkreter zu beschreiben.

Jörg Nürnberger (SPD): Randbemerkung: Erstens. Ich würde mir nie erlauben, Ihnen hypothetische Fragen zu stellen, die nur hypothetisch beantwortet werden könnten. - Und der zweite Punkt ist: Sie haben jetzt beschrieben, was alles gemacht werden müsste. Hat es tatsächlich auch Änderungen in Ihren Verfahren gegeben? Sie müssen sie ja nicht beschreiben; das wäre hier wahrscheinlich nicht zulässig. Aber haben Sie aus diesen Erfahrungen, die Sie in diesen drei Tagen gemacht haben, tatsächlich jetzt in Ihrem Dienst Ihre Vorgehensweisen angepasst? Sie haben bisher nur gesagt: Es wird überlegt, es wird überlegt. - Sie haben, glaube ich, viermal wiederholt, dass Überlegungen angestellt werden. Hat es tatsächliche Änderungen in Ihren Vorgehensweisen gegeben?

Zeuge O. W.: Ja, bei uns kann ich das sagen. Es ist nicht alles direkt und einfach zu machen, weil, ich sagte gerade, Berichterstattung ist natürlich eine Sache, die dann dienstweit zentral auch geregelt usw. werden muss. Aber wir haben zum Beispiel gestärkt diese Gegenrede. Wir haben also die, die fachlich zuständig sind für, ich sage mal, die humanitäre Lage, auf Zusammenarbeit angewiesen mit denen, die die Wirtschaftslage machen, damit hier nicht eine Arbeitseinheit das hat, sondern zwei und da unterschiedliche Gedanken kommen. Also, das ist so ein bisschen diese Überlegung „Advocatus Diaboli“ zum Beispiel.

Die Schärfung, so wie wir schreiben - wobei ich glaube, wir haben schon sehr konkret und sehr klar geschrieben, was wir machen -, wird immer überprüft in diesem Bereich. Und wir haben jetzt



Nichtöffentlich

keine dynamische Lage mehr bei uns. Aber ich kann mir gut vorstellen, dass - Sie haben den Mali-Bereich angesprochen -, wenn das da so dynamisch wird, dann dort auch Dinge, die uns aufgefallen sind, umgesetzt werden. Ich meine, wir haben jetzt keine dynamische Lage mehr. Wir hatten auch trotzdem eine sehr hohe Frequenz der Berichterstattung schon. Aber das sind Dinge, die bearbeitet und umgesetzt werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Erst eine Frage zu Ihrer persönlichen Einschätzung: Waren Sie überrascht? Ich meine, Sie sind über Jahre beschäftigt mit diesem Thema, und da kommt so eine Situationsänderung von einem Tag auf den anderen oder von einem Tag auf den übernächsten. Waren Sie persönlich als jemand, der langjährig mit dieser Situation, mit der Lage in Afghanistan befasst war, überrascht? Hat Sie das persönlich - -

Zeuge O. W.: Das ist natürlich eine persönliche Frage, aber außerhalb des Protokolls kann ich Ihnen sagen: Ja, ich war genauso überrascht wie alle anderen auch. Wir haben nicht eine einzige Meldung rückwirkend gefunden, in der drinsteht: „Die Taliban marschieren am 15. August in Kabul ein“, nicht eine. Nicht *ein* anderer Dienst hat dieses Datum genannt. Selbst die Taliban waren überrascht, sie waren nicht darauf vorbereitet. Alle waren überrascht, dass innerhalb von zwei Tagen diese Dynamik so eine Dynamik angenommen hat, dass es am 15. August so weit war - niemand, niemand.

Und vielleicht muss man sagen, dass natürlich ein Faktor oder ein mitentscheidender Faktor war die Räumung der Green Zone durch die Sicherheitskräfte dort. Das geschah in der Nacht vom 14. auf den 15., dass am 15. morgens unsere Leute in Kabul sagten: „Die sind weg, die Sicherheitsanlagen sind abgebaut“, und wir haben dann die Empfehlung gegeben: „Verlegt sofort aus der Green Zone zum Flughafen!“ Das wurde bei uns im Haus an der entscheidenden Stelle dann auch entschieden; aber es war sofort unsere Empfehlung. Aber ich war überrascht über diese Dynamik, wie alle anderen auch.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber Sie kamen auch als Dienst insgesamt zur Erkenntnis, dass Sie an Ihren Methoden und an Ihren Entscheidungsprozessen etwas ändern müssen, um vielleicht künftig dann besser auf solche Situationen vorbereitet zu sein - verstehe ich Sie da richtig? -, mit all diesen Überlegungen, die Sie geschildert haben, Vorgehen und Verfahren zu verändern?

Zeuge O. W.: Das ist schon richtig. Aber es gibt einen entscheidenden Faktor, der bei all diesen Überlegungen - - Ich würde es mal anders sagen: Am 12. März 2011, hätten Sie da gedacht, dass Deutschland einen Tag später aus der Atomkraft aussteigt? Da hat die Kanzlerin das nämlich verkündet. Ich will damit sagen: Es gibt einen menschlichen Faktor, dass eine Person was entscheidet. Und hier in Kabul hat eine Person - wir wissen nicht, wer - entschieden, die Green Zone zu räumen. Das hat für die Sicherheitskräfte in Kabul, für Ghani, für ganz Afghanistan das Signal gegeben: Die internationale Gemeinschaft gibt uns auf. - Und das war letztendlich der Knackpunkt, warum Kabul gefallen ist. Wären die 900 US-Soldaten in der Green Zone geblieben und die US-Botschaft, dann wäre es auch am 15. nicht zum Fall Kabuls gekommen.

Also, hier gibt es eine menschliche Einzelentscheidung - wir wissen heute nicht, wer diese Entscheidung wann getroffen hat und ob die überhaupt Absicht war -, aber sie ist entschieden worden. Die Green Zone wurde geräumt - das Signal an Afghanistan: „wir geben euch auf“ -, und das hat dann dazu geführt, dass die Taliban in die Stadt geholt wurden, um Tumulte zu vermeiden. So, und diesen menschlichen Faktor, den können Sie, den können wir nur ver- - Also, ich weiß nicht mal, ob einen Tag vorher diese Person das überhaupt wusste, ob, wenn wir den als Quelle gehabt hätten, der uns überhaupt hätte sagen können: „Morgen entscheide ich das“, ja?

Ich will nur sagen: Ja, wir haben eine Reihe von Sachen gefunden, die man besser oder anders machen kann und sollte, aber gerade dieser eine Knackpunkt - eine Person entscheidet irgendwann, und das hat dann diese Folgen - - Das werden Sie, glaube ich, kaum mit irgendwelchen ND-Mitteln rauskriegen. Ich wüsste nicht, wie.



Nichtöffentlich

Ich habe das Beispiel der Kanzlerin extra genannt, ja? Es ist so.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich könnte zum Abschluss in dem Kontext auch noch mal eine Frage stellen, und zwar: Es ist ja bei Nachrichtendiensten oft so, dass die von der Politik verantwortlich gemacht werden für Dinge, die schiefgehen, weil sie andere Methoden haben und Sachen passieren, die man nicht in der Weise vorhergesehen hat. Das ist ja eine gängige These; das will ich mir ausdrücklich nicht zu eigen machen. Aber wir haben von Zeugen gehört, dass gesagt worden ist: Die Deutschen hatten eine besondere Neigung, zu sagen: Wir wollen da möglichst nicht weggehen. Das ist bei uns anders als bei den Franzosen. Die haben ein größeres Kontingent. Wie wirkt das? - „Deswegen“, sagte der Zeuge, der uns das vorgetragen hat, „haben wir das der Politik in homöopathischen Dosen beigebracht, diese Wahrheit“. Ähnliche Einschätzungen haben wir von anderen auch gehört. Es gibt Beschreibungen des Abzugs der Amerikaner, die, wenn man sie liest, satirisch wirken mit Blick auf die Überraschung, als die dann konkret eingetreten ist, obwohl das angekündigt war.

Wenn man das zusammenfasst, dann kommen wir zu einer Kernfrage, die dem Untersuchungsausschuss gestellt wird, nämlich: Wurde sozusagen wider besseres Wissen geurteilt, oder ist es so eine Mischung aus: „Was wollen wir eigentlich? Wie haben wir das gemacht?“? Und da könnte dann die Frage eine Rolle spielen, warum man solche Einschätzungen vielleicht nicht Monate vorher vorgenommen hat, wie das in anderen Fällen ja gelegentlich geschieht. Und das müssen wir ja wissen; das werden wir auch die Führung Ihres Hauses fragen. Aber ich frage das auch Sie, weil man ja irgendwie zu der Beantwortung der Frage kommen muss, außer dass alle überrascht waren. Das ist ja nicht das Ergebnis, was wir immer haben wollen - Ihr Kanzlerbeispiel mal unbenommen; so was gibt es auch. Aber es kommt ja häufiger vor, dass am Ende die Verantwortung beim Nachrichtendienst, weil die andere Quellenmöglichkeiten haben, belassen wird. Aber die

Tatsache, dass sich das so ereignet hat, ist ja unbefriedigend, und wir müssen die Frage irgendwie beantworten.

Deswegen frage ich Sie das noch mal: Kann das eine Mischung sein aus einer Grundhaltung, die eher so war: „Wir wollen eigentlich nicht weg, weniger noch als andere, wir reden es uns vielleicht auch ein bisschen schöner, als es ist“ möglicherweise, um dann zu dieser Einschätzung zu kommen, das zu diesem Zeitpunkt zu machen? Das ist meine Frage an Ihr Urteil gehend sozusagen.

Zeuge O. W.: Also, wir haben berichtet, wie die Lage war, und die verschlechterte sich laufend - ich habe es ja mehrfach dargestellt -, und wir haben auch deutlich dargestellt, wie das Ziel der Taliban war und welche Wahrscheinlichkeit wir dem beigegeben haben. Wie darauf die Politik reagiert - wir haben ja keine politische Entscheidungsmacht; insofern kann ich dazu auch nicht viel sagen -, das ist Sache der Ressorts und der Bundesregierung, aber nicht des Bundesnachrichtendienstes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war auch nicht meine Frage. Meine Frage ging eigentlich ein bisschen dahin: Die Politik hat am Ende entschieden auf einer bestimmten Grundlage. Und war das so eine Grundlage, die der Politik praktisch gar keine andere Möglichkeit gegeben hat - dahin hat ja auch ein bisschen das gedeutet, was der Kollege Nürnberger gefragt hat wegen der Zeitpunkte -, oder reden wir eigentlich von einem - - wenn man über Monate und Jahre so miteinander kommuniziert, wie Sie das beschrieben hatten, immer Besprechung, jeden Tag telefoniert, plus die Einschätzung, die wir von anderen Zeugen gehört haben, wo es eine Mischung ist aus „sich die Lage vielleicht doch ein bisschen schöner reden, als sie ist“ und „die Wahrscheinlichkeiten anders einschätzen, als sie möglicherweise waren“? Das ist eigentlich nur die Frage, wie Sie das im Nachhinein so beurteilen würden.

Zeuge O. W.: Also, die Lageentwicklung war sicherlich für die Ressorts nicht positiv. Die haben ja sehr stark sich engagiert; alle Ressorts, die Bundesregierung, ganz Deutschland hat sich ja



Nichtöffentlich

sehr stark engagiert; das muss man ja sagen. Aber die Entwicklung hat nicht die Ergebnisse gebracht, die man gerne gehabt hätte; das ist ja außer Frage. Ja, das ist schon so.

Ich will vielleicht sagen als Einschätzung: Ich hatte den Eindruck, dass die Bundesregierung auch in einem schweren Spagat war. Frühes Abziehen hätte bedeutet: „Wir geben Afghanistan auf“; das darf man ja nicht vergessen. Ich weiß auch, dass darum gerungen wurde. Aber wie lange bleibt man? Wenn wir gesagt hätten: „Wir ziehen ab, wir ziehen unsere Botschaft aus Kabul ab“, dann wäre das noch viel eher gefallen. Also, ja, eine ganz schwierige Situation, muss ich sagen. Und: Ja, die Lageentwicklung war nicht so, wie wir uns das gewünscht haben, klar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann geht das Fragerecht an die Union.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Dann würde ich es jetzt auch noch mal ein bisschen generischer erst mal versuchen zur Rolle des BND im Allgemeinen. Ihr Sachgebiet im Speziellen war ja sozusagen: für die Berichterstattung und das Briefing für viele Teile der Regierung zuständig. Können Sie ungefähr schildern, wie viele Informationsersuche Sie pro Monat da bearbeitet haben im Schnitt und aus welchen Institutionen die üblicherweise kamen und was sozusagen auch dann die Bewertung der Abnehmer dieser Berichte war?

Zeuge O. W.: Ich habe die Zahl der Ersuche nicht mitgebracht, aber ich habe rausgesucht, dass wir im Untersuchungszeitraum 306 Berichte geschrieben haben. Wir haben zu 31 ND-Lagen Beiträge geliefert, und wir waren an fünf oder sechs Staatssekretärrunden beteiligt durch unsere Lagebeiträge. Das ist doch ein - innerhalb von 80 Wochen, glaube ich, ist der Zeitraum - ordentlicher Batzen an Berichterstattung. Wie sich das jetzt aufteilt auf die Anträge der einzelnen Ressorts, kann ich nicht sagen. Aber wir hatten Anfragen aus dem Auswärtigen Amt, aus dem BMZ und aus dem BMVg natürlich, die wir beantwortet haben, also schon ein beträchtlicher Umfang an Berichterstattung.

Und ich weiß auch, dass wir zwischen dem 1. und dem 13. August 21, also in dieser kritischen Phase, auch eine hohe Anzahl von Berichterstattungen hatten. Ich glaube, am 12. und am 13. drei oder vier sogar zu den afghanischen Sicherheitskräften; das muss man ja auch erwähnen. Es geht ja nicht nur um dieses Basisszenario, sondern wir haben auch berichtet, dass die afghanischen Sicherheitskräfte vor dem Zusammenbruch stehen usw. Ja, eine beträchtliche Anzahl aus meiner Sicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Danke schön. - Denken Sie, dass sozusagen diese Teile der Regierung, die jetzt bei Ihnen diese Berichte angefordert haben, insgesamt eng genug mit dem BND verknüpft sind und sozusagen der BND als Informationsdienstleister da ausreichend genutzt wurde? Und wurden Sie eben als Wissensträger des BND da ausreichend auch mit Fragen versorgt?

Zeuge O. W.: Ja, also das, glaube ich, schon. Wir haben - ich hatte es schon erwähnt - mit dem BMVg fast, also täglich telefoniert, wir hatten regelmäßige Sitzungen mit dem BMVg, aber auch mit dem Einsatzführungskommando. Wir haben VTCs gemacht mit den Kommandos vor Ort, also mit dem TAAC North zum Beispiel. Wir hatten regelmäßige Briefings und Feedback-Gespräche mit den Kommandeuren; General Poschwatta ist ja hier genannt worden. Wir hatten mit dem Auswärtigen Amt einen regelmäßigen Jour fixe, aber auch ereignisbezogene Treffen, auch beim BMZ.

Ergänzend muss ich sagen, dass wir auch einmal im Jahr einen sogenannten Afghanistan-Pakistan-Tag durchgeführt haben, wo wir die Ressorts eingeladen haben, um im BND zu diskutieren, um deren Bedarfe abzufragen und zu besprechen. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob aufgrund von Corona einer ausgefallen ist; aber das war auch ein regelmäßiges Format, also sehr intensiv.

Und wir waren immer ansprechbar für die Ressorts. Mir ist jetzt nicht bekannt, dass man mit unserer Berichterstattung unzufrieden war. Tue Gutes, sprich drüber. Aber wir haben immer natürlich gefragt: Wo ist noch ergänzender Bedarf?



Nichtöffentlich

Hat irgendwas nicht gepasst in der Berichterstattung? Und, wie gesagt, wir haben auch manchmal über Berichterstattungen natürlich diskutiert. Also, ich meine, es war eine sehr, sehr enge Verzahnung und Zusammenarbeit.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Haben Sie auch mit dem Risk Management Office von der GIZ sozusagen auch so einen engen und regelmäßigen Austausch gehabt?

Zeuge O. W.: Ja, hatten wir auch mal. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das im Untersuchungszeitraum lag. Aber wir haben sowohl mit dem BMZ als auch mit der GIZ als auch mit dem Risk Management Office Gespräche geführt. Wir haben auch deren Lageberichte erhalten, um hier ein breiteres Lagebild über die Lage im Land zu haben, weil sie ja doch in Afghanistan deutlich breiter verteilt war als die Bundeswehr und als wir.

Thomas Erndl (CDU/CSU): „Breite Lage“ ist ein gutes Stichwort für sozusagen den nächsten Fragenteil, und zwar eben die Kabul-Blase. Also, der Zeuge H. hatte in der letzten Woche dargestellt, dass das einen relativ geringen Effekt auf die operative Arbeit hatte, also diese Konzentration am Schluss auf Kabul. Aber es gab auch andere Zeugen, die sozusagen das eher als ursächlich - - Wir haben jetzt vorher schon über die Fehleinschätzung gesprochen, aber dass man gesagt hat: Das ist doch eher sozusagen ein spezifischer Blick in Kabul und aus Kabul heraus - - und hat dann weniger die Stimmung und die Vorgänge im ganzen Land gehabt. Teilen Sie diese Einschätzung? Und hatte eben dann die Kabul-Blase aus Ihrer Sicht einen negativen Effekt auf das Lagebild, das Sie erstellt hatten?

Zeuge O. W.: Das Aufkommen ist natürlich zurückgegangen mit dem Abzug der Bundeswehr, weil die Bundeswehr berichtet hat, weil unsere Verbindungsstellen nicht mehr da waren und weil es auch andere Aufklärungsmöglichkeiten eingeschränkt hat. Es hat sie aber nicht völlig zum Erliegen gebracht. Das ist ein Punkt. Es gab immer noch SIGINT-Aufklärungen, es gab immer noch von AND-Kooperationen Ergebnisse, und

die Lageentwicklung war auch nachzuverfolgen durch öffentliche Medien, möchte ich mal sagen.

Die Taliban hatten eine Internetseite; die haben sehr gut berichtet, welche Erfolge sie hatten. Die Medien in Afghanistan haben berichtet, wo was passiert ist. Es war natürlich nicht mehr so umfassend, wie es mit Bundeswehreinsatz ist; aber es war immer noch so, dass wir ein Lagebild hatten, dass das auch in der rückwirkenden Betrachtung - wir haben es ja einmal rückwirkend noch mal betrachtet: wie hat sich alles entwickelt, was ist wie passiert? - eigentlich zu dem Ergebnis geführt hatte, dass wir nicht so Einbrüche hatten, dass wir kein Lagebild mehr hatten. Auch die Einnahme der Provinzhauptstädte, die Einnahme der Grenzübergänge, die hatten wir zeitnah auf dem Schirm. Und auch die Prognosen, wie es weitergehen könnte, konnten wir ableiten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - „Die Rückschau“ ist das Stichwort für meine abschließenden Fragen. Es gab im August 2021 bereits eine Kick-off-Veranstaltung für die Ursachenanalyse Afghanistan, auch mit dem Bundeskanzleramt, ungefähr 20 Teilnehmer; die Referenz zu dieser Veranstaltung: MAT A BKAmtd-3.64 VS-NfD, Blatt 311 bis 312. - Haben Sie an dieser Veranstaltung teilgenommen?

Zeuge O. W.: Nein. Ich meine, nein. Ich war beauftragt, die aktuelle Lagebearbeitung, weil wir natürlich eine sehr hohe Interessenlage hatten sowohl für den Evakuierungseinsatz der Bundeswehr als auch vom Auswärtigen Amt - - Insgesamt war ich beauftragt, die Lagebearbeitung weiter durchzuführen. Mit diesen Besprechungen oder mit dieser Retroperspektive war ich wenig, so gut wie gar nicht betraut, weil ich halt die operative weitere Lagebearbeitung geleitet und durchgeführt habe.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also auch im weiteren Verlauf, -

Zeuge O. W.: Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - und nicht nur bei der Kick-off-Veranstaltung, sondern auch beim weiteren Verlauf nicht mit dabei.



Nichtöffentlich

Zeuge O. W.: Richtig.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Ist Ihnen aber sozusagen der Abschluss dieser internen Überprüfung bekannt? Gab es da einen Bericht? Und was waren sozusagen dann die Feststellungen, die man da getroffen hat?

Zeuge O. W.: Es gibt einen Bericht, der nach meinem Kenntnisstand in der Aktenvorlage für Sie gerade aufbereitet wird. Das hängt vielleicht damit zusammen, dass der Bericht nach dem Untersuchungszeitraum entstanden ist und deswegen -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben ihn erbeten, und er kommt.

Zeuge O. W.: - zu Ihnen kommt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich keine weiteren Fragen. Der Kollege hakt noch mal nach. - Vielen Dank.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aus der letzten Aussage schließe ich aber, dass Sie den Inhalt des Berichts kennen?

Zeuge O. W.: Ich möchte mal sagen: Jein. Also, ich habe ihn mal gelesen. Das ist aber schon über ein Jahr her. Insofern bin ich kein guter Zeuge in Bezug auf diesen Bericht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, es geht ja auch nicht darum, jetzt von Ihnen Einzelheiten aus dem Bericht zu erfragen, den wir sowieso bekommen. Das ist keine Wissensfrage jetzt. Aber fühlen Sie sich mit dem, was Sie heute auch dem Ausschuss geschildert haben, in diesem Bericht zutreffend wiedergegeben? - Ich möchte nur vermeiden, dass wir Sie danach noch mal befragen müssen, wenn es jetzt in dem Bericht Punkte gibt, die auch Ihre Arbeit betreffen. - Oder sind da Punkte drin, wo Sie sagen: „Nein, so war es nicht“?

Zeuge O. W.: Ja, der Bericht liegt ja noch nicht vor, und der ist auch eingestuft.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge O. W.: Ich möchte es mal so sagen: Wenn das ein Bericht über die Lage gewesen wäre, hätte ich ihn nicht freigegeben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, dann frage ich jetzt nicht mehr weiter. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: War es das jetzt?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann geht das Fragerecht an die Kollegin Nanni über, und ich übergebe die Sitzungsleitung an den Kollegen Erndl.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ja, jetzt müssen wir gedanklich noch mal kurz zurück: Mandatsverlängerung in Deutschland. Wir waren gerade gedanklich an dem Punkt, festzustellen, dass der BND davon ausgegangen ist, dass durch die Formulierung und die Zwölfmonatsperspektive der Mandatsverlängerung die Taliban einen Bruch interpretieren könnten. Ich fasse das noch mal so zusammen: Die Art und Weise der Mandatsverlängerung hat auch eigene Kräfte potenziell gefährdet. - Würden Sie dem so zustimmen?

Zeuge O. W.: Ja, dem würde ich zustimmen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. - Dann kann ich mich jetzt noch mal den Kippunkten widmen. Zunächst die Frage: Gab es einen - Sie haben ja gerade gesagt, dass die Kippunkte in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt das erste Mal sozusagen im Bericht zur Sprache kamen - externen Anlass, dass Sie hier dem Kanzleramt gemeldet haben?

Zeuge O. W.: Also, ich muss sagen: sowohl als auch. Wir hatten die Kippunkte ja schon entwickelt gehabt und wollten sie in die Berichterstattung bringen. Und das Bundeskanzleramt hatte aufgrund eines Zeitungsartikels, der über den Fall Kabuls berichtet hatte, nachgefragt, wie unsere Lageeinschätzung dazu ist. Und in diesem Zusammenhang haben wir unsere Überlegungen dort mit eingebracht, die wir bereits vorher praktisch angestellt hatten.



Nichtöffentlich

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch erinnern, was für ein Zeitungsartikel das war?

Zeuge O. W.: Nein, kann ich nicht mehr sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge O. W.: Ich weiß auch nicht, ob das aus den E-Mails hervorging. Kann ich nicht sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch mal eine Frage zu den einzelnen Unterpunkten der Kippunkte. Sie hatten das auch gerade noch mal gesagt: Die schienen ja noch weit weg. - Da musste ich innerlich so ein bisschen mit der Stirn runzeln, vielleicht auch äußerlich, weil, wenn ich jetzt die einzelnen Kippunkte durchgehe - Finanzierung, haben Sie gesagt, stand ja gar nicht an, das Thema, aber zum Beispiel Isolierung von Kabul und auch Einnahme einiger Provinzhauptstädte rund um Kabul -, dann ist ja immer die Frage: Welche analytischen Vorstufen haben Sie gesehen? Also, es gibt ja eine Vorstufe zur Einnahme der Provinzen um Kabul, zum Beispiel die Isolierung der Provinzhauptstädte, ohne die Hauptstädte einzunehmen. Das ist etwas, was - das wird aus den bisherigen Befragungen, die wir gemacht haben, durchaus schon deutlich - vor dem 12. August auch stattgefunden hat. Also: Wie haben Sie das analytisch aufgebaut?

Das Gleiche ist bei der Frage „Abzug der US-Kräfte“; das war einer der Kippunkte, die Sie genannt haben. Haben die USA denn mit Ihnen die Informationen geteilt, wann sie wie in welcher Form abziehen werden? Sie sprachen immer mal wieder davon, dass so im Raum stand, dass es vielleicht auch eine Präsenz gibt mit 900 PAX. Und insbesondere auch die Frage: Hatten Sie Informationen darüber, wann die Räumung der Green Zone vielleicht infrage kommt?

Also, es gibt ja vor jedem dieser Kippunkte quasi wiederum Kippunkte, die dazu führen können, dass der Kippunkt erreicht wird - ich hoffe, man kann mir noch folgen -, und die Frage ist so ein bisschen: Wie haben Sie das beobachtet

ab dem Zeitpunkt, wo Sie diese Kippunkte definiert haben, aber natürlich auch schon vorher, ohne dass jetzt die Beobachtung im direkten Zusammenhang mit dem Konzept der Kippunkte standen?

Zeuge O. W.: Ja, vielleicht den einen Punkt vorweg: Wir hatten keine Information vorher, dass die Green Zone geräumt wird. Aber ich hatte ja vorhin schon deutlich gemacht: Wir wissen nicht mal, ob überhaupt jemand vorher das wusste. - Das ist ein Faktor.

Der zweite Punkt, zu den Kippunkten und den einzelnen Vorstufen: Wir hatten ja oder wir haben einen Fachmann, der die Lage in Kabul hauptsächlich bearbeitet und betreut hat, und der hat natürlich beobachtet, ob es Vorstufen zu diesen Kippunkten gibt. Wir hatten die Lage, dass in allen Provinzhauptstädten - wenn ich mal mit dem Punkt anfangen kann: Fall der Provinzhauptstädte - noch afghanische Sicherheitskräfte vorhanden waren. Und ich hatte vorhin schon mal ausgeführt, dass die auch nicht einfach die Waffen niedergelegt haben, sondern die haben immer noch verteidigt - wir hatten selbst in Helmand Ende August noch Sicherheitskräfte, die gegen die Taliban gekämpft haben -, sodass wir das zwar beobachtet haben, aber es keine Indikatoren gab, dass diese Kippunkte kurz bevorstanden.

Der vollständige Abzug der US-Kräfte - auch das hatte ich ja schon ausgeführt - war lange fraglich, gerade dieser Aspekt, der auch bei der Bundesregierung ja eine Rolle spielte: Ziehe ich meine Botschaft aus Kabul ab, und welches Signal sende ich? Das war nicht bekannt, dass die USA ihre Botschaft aus der Green Zone, also aus dem Zentrum Kabuls, zum Flughafen - praktisch zur Evakuierung - bringen. Da gab es auch keine Indikatoren.

Wir haben natürlich unseren Arbeitsbereich, der US bearbeitet hat - - waren wir im täglichen Kontakt mehrfach, um festzustellen: „Was geben die USA bekannt, auf welcher Ebene?“ - wir waren auch im Kontakt mit CENTCOM, also mit der amerikanischen Führungseinheit in den USA - „Was kommt von da?“ usw. Aber dieser Punkt



Nichtöffentlich

der Verlegung der Botschaft und dann der Verlegung der Sicherheitskräfte in diesem Zusammenhang, dafür haben wir keine Indikatoren gehabt und keine gefunden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage noch mal nach bei der Absetzung der Führung Afghanistans, weil Sie hatten ja in Ihrer Ausführung zu den Kippunkten auch gesagt: Wenn ein Kippunkt erreicht ist, also einer oder alle sechs, dann kann das sozusagen schon zum Um- - also, man muss nicht akkumulieren, sondern einer reicht sozusagen. Und die Absetzbewegung der Führung Afghanistans war, glaube ich, auch das, was sozusagen aus ethisch-moralischer Sicht von Weitem dann am schockierendsten irgendwie noch war. Wie war denn Ihre Informationslage um das Umfeld des Präsidenten? Inwiefern haben Sie sich Gedanken gemacht analytisch, was Motive zum Verbleib von Ghani oder auch zur Flucht irgendwie angeht?

Zeuge O. W.: Ich meine, wir hatten im Frühjahr 2021 schon eine Berichterstattung, dass Teile der afghanischen Eliten dafür sorgen, dass sie sich absetzen können - dazu hatten wir schon berichtet, weil das natürlich ein Indikator insgesamt für die Stimmungslage im Land war -, also: Visa für die Kinder in der Golfregion oder für sich selbst usw. Ja, das hatten wir schon mal berichtet.

Was Ghani anging, glaube ich - - Am Abend des 14. hatte Ghani noch eine Besprechung mit den USA, aus der bekannt wurde, dass die USA Afghanistan weiter unterstützen, und ich glaube, solange diese Unterstützung da gewesen wäre, wäre Ghani auch dageblieben. Aber mit dem Abzug der Botschaft war auch für Ghani und fürs ganze Land praktisch die Messe gelesen, und deswegen war es eine logische Schlussfolgerung. Wenn wir unsere Botschaft und die EU-Länder und die Amerikaner ihre Botschaften schon eher geschlossen hätten, was ja durchaus auch eine Handlungsoption gewesen wäre, dann wäre nach unserer Bewertung das auch schon eher zu Ende gegangen, weil dann halt auch der ganze Rückhalt der afghanischen Regierung und der ganzen afghanischen Staatsführung viel eher weggegangen wäre.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Nachhinein ist der Fall Kabuls oder die Übernahme Kabuls durch die Taliban ja so ein bisschen der Fluchtpunkt der Entwicklung, in der Betrachtung im Nachhinein. Mich würde interessieren, ob Sie ein halbes Jahr vorher, drei Monate vorher auch quasi dem, dass Kabul fällt, insgesamt so viel Bedeutung beigemessen hätten für Ihren Auftrag. Weil der Auftrag ist ja immer: Schutz der eigenen Kräfte, zivil, militärisch. Und ich habe jetzt mehrfach rausgehört, dass verschiedene Behörden und Institutionen davon ausgegangen sind, dass, auch wenn die internationalen Kräfte abgezogen sind und selbst wenn es eine andere Regierung geben sollte, man Kontinuität auf irgendeine Art und Weise eigentlich gedacht hat. Und deswegen wäre für mich die Frage: Sind Sie davon ausgegangen, dass eine Einnahme Kabuls durch die Taliban automatisch mit einer Gefährdung der eigenen Kräfte einhergeht?

Zeuge O. W.: Also, die militärischen Kräfte - das setze ich mal voraus - waren ja abgezogen; also der Hauptfeind der Taliban war weg. Die Taliban wollten ein Emirat errichten, und sie hatten noch andere Ziele, will ich es mal nennen, nämlich eine diplomatische Anerkennung, eine Entlistung von der Terrorliste, also politische Ziele. Und wir sind davon ausgegangen, dass man mit den Taliban hätte verhandeln können, diplomatische Einrichtungen im Land zu behalten; das wäre für die Taliban ja ein Glückstreffer gewesen. Und da muss man sagen, dass es aus unserer Sicht natürlich immer eine Gefährdung in so einem Land gibt, aber dass die nicht von der Talibanführung ausgegangen wäre. Denn die Taliban waren sehr bestrebt, diplomatische Vertretungen im Land zu behalten oder wieder ins Land zu bekommen, um halt auf die politische Bühne zu kommen, um halt mehr diplomatischen Rückhalt zu kriegen. Deswegen haben sie auch lange drum gerungen, die Botschaft wieder ins Land zu bekommen - oder auch andere Botschaften.

Also, insofern: Eine Gefährdung aufgrund der Sicherheitslage: Ja. Wir haben ja noch den IS, der Anschläge verübt dort, der sehr stark ist. Aber dass die Taliban jetzt die deutsche Botschaft oder den deutschen Botschafter angegriffen hätten, da



Nichtöffentlich

sind wir nicht von ausgegangen. Wobei die Gefährdung natürlich da war, gerade - man muss sich ja vorstellen - in dieser Lage des Übergangs, wo keiner wusste, was los ist. Aus dem Gefängnis in Kabul sind 10 000 Häftlinge geflohen. Da wusste man gar nicht, was da los ist.

Also insofern gab es da eine Gefährdungslage, aber die ging nicht allein von den Taliban strukturell aus, sodass die Taliban gesagt haben: Ja, die Deutschen, die Diplomaten, die müssen wir jetzt festnehmen, die müssen wir erschießen, da müssen wir sonst was machen. - Davon sind wir weniger ausgegangen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Meine Zeit ist abgelaufen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Zeit ist vorbei. - Und das Fragerecht geht über an die AfD-Fraktion. Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Uns liegt auf MAT A BKAm-3.59 VS-NfD, Blatt 69 bis 71 ein Vermerk der damaligen US-Botschafterin, also deutschen Botschafterin in Washington, vor, die mit einer Gesprächspartnerin über Sicherheitsbedenken gesprochen hat von Personen, die von den Amerikanern nach Deutschland und nach Europa ausgeflogen worden sind. Die Gesprächspartnerin hatte angeregt, dass CIA und BND sich darüber unterhalten. - Ist Ihnen was von diesem Sachverhalt bekannt?

Zeuge O. W.: Können Sie mir das Dokument bitte noch mal geben?

Stefan Keuter (AfD): Ja, kommt.

Zeuge O. W.: Ich muss da besonders auf die Einstufung gucken.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Können Sie die Nummer noch mal wiederholen bitte für die Kollegen?

Stefan Keuter (AfD): Ja. - MAT A BKAm-3.59 VS-NfD, Blatt 69 bis 71.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge O. W.: Nee, das tut mir leid, dazu kann ich nichts sagen.

Stefan Keuter (AfD): Nicht in diesem Format, oder ist Ihnen der Sachverhalt gar nicht bekannt?

Zeuge O. W.: Nein, gar nicht.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie uns grundsätzlich zu dieser Situation etwas sagen: von Personen, die von den Amerikanern evakuiert worden sind und dann nach Deutschland und insbesondere auch nach Nordmazedonien und in den Kosovo verbracht worden sind, wie viele dieser Personen eventuell nach Deutschland weitergereist sind?

Zeuge O. W.: Nein, das war außerhalb unseres Aufgabenbereiches. Wir sind ja für die Lagebewertung in Afghanistan zuständig gewesen. Und welche Ableitungen es hier gibt, das ist sicherlich, wenn denn überhaupt, eine Frage an die Innenbehörden.

Stefan Keuter (AfD): Okay, danke. - Letzte Frage in diesem Format: Laut MAT A BKAm-3.61 VS-NfD, Blatt 108 ist es am 09.06.2021 zu einem Briefing des Regionalbeauftragten der Abteilung LB, BND - am 09.06.2021 - für Vertreter der Abteilung 7, Bundeskanzleramt im Bundeskanzleramt gekommen. Wissen Sie, was hier besprochen wurde und, wenn ja, mit wem?

Zeuge O. W.: Nein. Wenn es aus dem Dokument, was Sie zitiert haben, nicht hervorgeht, kann ich das nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Können wir das Dokument noch mal bitte sehen? - Noch mal zur Wiederholung: MAT A BKAm-3.61 VS-NfD, Blatt 108.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge O. W.: Ja, in diesem Gespräch wurde von BND-Seite dargestellt, wie nach dem Ablauf oder



Nichtöffentlich

nach dem Abzug und dem Ende der Resolute-Support-Operation die weitere Aufstellung des Bundesnachrichtendienstes in Afghanistan sein sollte. Das ist natürlich eine Frage der Führungsstellen, die dort zuständig sind.

Aus unserer Sicht, der Auswertung, lief die Afghanistan-Bearbeitung weiter wie auch vorher, weil wir halt ein hohes Aufkommen hatten, was die Sicherheits- und Bedrohungslage anging. Also, was die Auswertung anging, gab es keine Veränderungen zu diesem Zeitpunkt, und zu den Änderungen unserer Aufstellung im Land müssten dann die Führungsstellen befragt werden oder bzw. die Teilnehmer an dieser Besprechung.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Das war es von uns in diesem Format.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Dann kommt als Nächstes die FDP dran. Frau Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, vielen herzlichen Dank. - Ich möchte zunächst noch mal ein bisschen allgemein zur Lageerstellung und Lagekonsolidierung fragen. Sie haben vorher gesagt, es gab schon manchmal auch kontroverse Diskussionen um die Lage. Wie wurden denn solche - also zwischen den Ressorts oder zwischen den verschiedenen Quellen, jetzt untechnisch gesprochen - Kontroversen dann auf Arbeitsebene aufgelöst? Könnten Sie das vielleicht mal beschreiben?

Zeuge O. W.: Ja, das kann ich beschreiben. - Wir haben das direkte Gespräch gesucht. Das war das einfachste. Wenn es mal Bewertungsunterschiede gab, was ja durchaus sein kann, weil ja jedes Ressort seine Bewertung machen kann, dann haben wir das Gespräch gesucht auch.

Ich kann ein Beispiel nennen. Wir hatten eine Berichterstattung zu Nordafghanistan, wo wir dann im Anschluss mit dem Kommandeur des TAAC North eine Videokonferenz, mit ihm und seinem Stab, gemacht haben und unsere Argumente, unser Aufkommen dargelegt haben, das besprochen haben und so diese Dinge aufgelöst

haben. Es hat aber nie dazu geführt, dass wir unsere Berichterstattung geändert haben, sondern wir haben nur erläutert, wie wir dadrauf gekommen sind, und sind bei unserer Berichterstattung dann auch geblieben.

Grundsätzlich - ich hatte es vorhin schon mal gesagt -: Mit den entscheidenden Stellen im BMVg und im Einsatzführungskommando - die drei Zeugen haben Sie hier ja auch schon gehört; das waren unsere direkten Counterparts - hatten wir ein wirklich sehr gleichlaufendes Lagebild. Aber wir haben immer das direkte Gespräch gesucht, wenn es unterschiedliche Auffassungen gab.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hätten Sie sich, jetzt rückblickend betrachtet, eine engere Verzahnung mit der operativen Ebene gewünscht, also sprich: Evakuierungsplanung oder auch sonstige Vorbereitungsplanungen in den verschiedenen Ressorts, und auch eine stärkere Einbindung der Leitungsebene von den Häusern, um vielleicht auch schneller und konsolidierter reagieren zu können?

Zeuge O. W.: Sie meinen jetzt, mit der operativen Ebene der Ressorts? Weil wir haben - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, genau. Also, ich meinte jetzt mit denen, die was machen, also im Sinne von nicht nur Lageanalysen und so, sondern - - sagt: „Wir müssen jetzt zum Beispiel die Ausreise von Ortskräften vorbereiten, Listen erstellen, wir müssen Evakuierungen planen“, all diese Dinge, also dass da eine engere Verzahnung stattfindet und dann vielleicht auch auf Leitungsebene eine stärkere Verzahnung im täglichen Geschäft.

Zeuge O. W.: Also, ich hatte den Eindruck, dass wir schon sehr gut verzahnt waren. Das, was unser Auftrag war, die Lageinformation an den Mann zu bringen, war, glaube ich, recht gut. Ich hatte ja von dem Jour fixe gesprochen; es gab auch direkte Gespräche mit dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung; es gab die Staatssekretärsrunden, wo wir relativ hoch angesetzt waren; es gab - ich hatte es, glaube ich, vorhin gesagt - - wir haben 31 Beiträge in der ND-Lage, wo



Nichtöffentlich

ja die Staatssekretäre sitzen, gebracht, vorbereitet - - dass also wir doch schon unsere Punkte an den Mann gebracht haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hatten Sie denn bei all dieser ja doch sehr dichten Lage und bei diesen ganzen dichten Taktungen, die Sie da auch schon beschrieben hatten, auch Zeit und Raum, auch tiefer in eine strategische Analyse einzutreten?

Zeuge O. W.: Das war schwierig, aber wir haben es gemacht. Die Szenarienanalyse, die ich vorhin angesprochen hatte, die wir im Herbst oder zum Jahresende 2020 rausgebracht haben, mit dem islamischen Emirat 2.0 als wahrscheinlichste, das war sehr aufwendig. Aber das war so eine konkrete strategische Analyse, wie Sie sie genannt haben. Und wir hatten eine zweite Analyse fertig, Anfang August, die wir aber nicht mehr rausgebracht haben, weil dann Kabul gefallen war.

Also wir haben praktisch diese strategischen Analysen in gewissen Zeitabständen gemacht. Man muss dazu sagen: Sie sind sehr aufwendig, und sie binden extrem Zeit und Kräfte. Aber wir haben sie gemacht, und es ist auch ganz wichtig.

Ich hatte ja auch schon die Szenarienanalyse von 2013 angesprochen. Schon da wurde strategisch gesagt: „Wie sieht denn Afghanistan 2020 aus? Welche Szenarien können wir uns vorstellen?“, und es war halt ein Szenario: Wenn die Unterstützung nachlässt - was wir ja jetzt brutal hatten, Abzug -, dann können die afghanischen Sicherheitskräfte die Struktur des Staates nicht mehr aufrechterhalten. - Also ja, es gab strategische Analysen, die wir gemacht haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann würde ich gerne noch mal ein Schlaglicht aufs Ende sozusagen werfen. Sie haben vorher gesagt, dass selbst die Taliban überrascht waren vom Fall Kabuls. Vielleicht können Sie da noch mal kurz drauf eingehen und vielleicht auch noch mal auf die Rolle Ghanis in diesem Moment. Das würde mich auch noch mal interessieren.

Und Sie haben schließlich noch gesagt, Sie wissen nicht, wer die Räumung der Green Zone entschieden hat. Aber gibt es da vielleicht Mutmaßungen, oder vielleicht können Sie dazu noch bisschen mehr sagen?

Zeuge O. W.: Ja, Mutmaßungen würde ich ungerne sagen, aber es war - - Bei der Räumung der US-Botschaft kann ja nur ein US-Mensch das entschieden haben, kein anderer. Also, das ist, glaube ich, einleuchtend. Aber wir wissen nicht, wer; das können wir nicht sagen. Aber es ist natürlich offensichtlich, wenn US-Kräfte bewegt werden, dass dann irgendjemand aus der US-Administration das entschieden hat. Da verrate ich, glaube ich, kein Geheimnis.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und Ghani?

Zeuge O. W.: Ghanis Rolle: Er war natürlich der Staatspräsident und ist im Amt geblieben, solange er den internationalen Rückhalt gespürt hat. Und den hat er gespürt bis zum 14.; selbst am 14.08. abends hat er noch mit US-Repräsentanten zusammengesessen, besprochen. Am 15. hat er dann gesehen, dass die Botschaft zum Flughafen verlegt wurde, und dann hat er entschieden, die Taliban in die Stadt zu holen, um Chaos zu vermeiden, und ist dann ausgereist. *

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und warum waren die Taliban überrascht?

Zeuge O. W.: Ja, weil sie nicht damit gerechnet haben, dass das so schnell geht. Die Taliban hatten ja die Absicht, in 30 bis 90 Tagen die Stadt zu umzingeln, wie ich schon mehrfach erwähnt habe, und sie waren selbst überrascht, weil es so schnell ging, weil plötzlich jemand sagte: Kabul ist offen. Kommt, sorgt für Ordnung!

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Letzte Frage von meiner Seite: Wenn jetzt Deutschland, hypothetisch, vier Wochen früher evakuiert hätte, als es das getan hat, wäre dann Kabul tatsächlich auch früher schon gefallen? Weil Sie haben ja gesagt, die Deutschen wären nicht so gerne abgezogen, weil das vielleicht ein falsches Signal gezeigt hätte. Aber was wäre denn passiert, wenn man vier Wochen vorher abgezogen wäre?



Nichtöffentlich

Zeuge O. W.: Ja, Sie haben recht: Das ist wirklich hypothetisch. - Das Signal macht es natürlich. Wenn das Signal ergeht: „Wir ziehen ab, wir ziehen die Botschaft ab, wir geben euch auf“, dann kann ich mir vorstellen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte - - die afghanische Administration ähnlich gehandelt hätte, wie sie im August gehandelt hat. Denn das wäre ja das Signal gewesen, dass die internationale Gemeinschaft nicht mehr an den Staat, also an diese gewählte Regierung, an diesen gewählten Präsidenten, an diese Staatsstruktur, glaubt.

Das ist jetzt meine Meinung - ja? -: Also, was hätte die afghanische Regierung noch am Leben gehalten, wenn der internationale Support durch einen Abzug so Schaden genommen hätte?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wenn nur die Deutschen abgezogen wären?

Zeuge O. W.: Dass nur die Deutschen abgezogen wären, halte ich für so gut wie ausgeschlossen, weil sich viele, gerade kleinere, Länder natürlich immer dort angehängt haben. Das hat man schon beim Truppenabzug gesehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Dann machen wir die nächste Runde; die muss ja nicht jeder voll ausschöpfen. - Die SPD ist dran. Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja, vielen Dank. - Herr Zeuge, ich glaube, wenn ich die nächste Frage stelle, dann müssen wir sowieso den Modus dieser Sitzung ändern, weil meine Frage zielt darauf ab, ob es bei anderen Diensten andere Lageeinschätzungen gegeben hat und wie der BND darauf reagiert hat. Also, ich nehme an, dass Sie diese Frage nicht in - -

(ORR Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Und ich müsste auch aus Material zitieren, das eingestuft ist.

ORR Michael Steppan (BKAm): Ja, Sie haben recht.

(Heiterkeit)

Jörg Nürnberger (SPD): Die Brücke war ziemlich stabil, die ich Ihnen jetzt gebaut habe.

ORR Michael Steppan (BKAm): Zu Kooperationen mit AND können keine Angaben gemacht werden.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Gut. - Dann würde ich aber vorschlagen, dass wir sozusagen in der Runde weitermachen, in dem Format abschließend, und dann sozusagen der nächste Schritt. - Die Union, bitte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In diesem Format keine Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön. - Dann Bündnis 90/Die Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es kommt schneller als erwartet. - Genau, eine kurze Frage: Haben Sie das Gefühl, dass im Laufe des Untersuchungszeitraums die Abhängigkeit von ausländischen Nachrichtendiensten, insbesondere der USA, größer geworden ist bis zum Ende hin?

Zeuge O. W.: Na ja, das ist eine Frage nach meinem Gefühl. Das hat, glaube ich, nichts zu sagen. - Wie ich vorhin schon erwähnte: Die Kooperation mit allen, die uns Informationen liefern wollten oder konnten, war da. Die Zusammenarbeit und Kooperation war immer eng, gerade mit den Koalitionskräften; das kann ich sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie insgesamt die Zusammenarbeit mit den US-Geheimdiensten als vertrauensvoll bezeichnen?

Zeuge O. W.: Wir haben mit allen, zumindest auf unserer Arbeitsebene, wofür ich sprechen kann, vertrauensvoll und auch sehr professionell zusammengearbeitet.



Nichtöffentlich

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich würde jetzt gerne noch mal zu einem Punkt kommen, weil der mich auch etwas fragend zurückgelassen hat, nämlich die Frage nach der Vertrauenswürdigkeit der Taliban. Wir haben auch gerade noch mal im Team beraten, ob uns denn selber Punkte einfallen, wo wir glauben, dass die Taliban nicht so vertrauensvoll waren. Uns ist aber nichts eingefallen.

Zum Glück haben wir eine Einschätzung aus dem BND selber, die das zumindest nahelegt, und da geht es jetzt um einen Vorhalt aus April 2020. Und zwar werden im Sachgebiet SH einige Stichpunkte aus Perspektive von LBAE an Referatsleiter für die eben an diesem Tag stattfindende Ressortrunde „Afghanistan“ zusammengefasst, und da geht es unter anderem um die Sicherheitslage. Und ich zitiere Folgendes:

Aus hiesiger Sicht bieten insbesondere die Punkte der Weitergabe der Standorte und die Informationen zur Rückverlegung deutscher Kräfte über die US-Administration als Vermittler ein derzeit nicht abzuschätzendes Gefährdungspotenzial. Der genaue Umfang der Informationen zu den preisgegebenen Standorten sollte nach Möglichkeit auf diplomatischem Wege (USA) und parallel auf nachrichtendienstlichem Weg ([REDACTED]) in Erfahrung gebracht werden. (?)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Hätten Sie eine MAT-Nummer, Frau Kollegin?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Eine MAT-Nummer.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die MAT-Nummer? - MAT A BND-3.53 VS-NfD, Blatt 250.

Und wir haben zum gleichen Sachverhalt noch eine MAT-Nummer, vier Tage vorher. Das ist MAT A BND-3.76 VS-NfD, Blatt 378, aus dem

auch herausgeht, an wen diese Standortdaten der Resolute-Support-Nationen weitergegeben worden sind, nämlich die Taliban:

... dass die USA die Taleban im Rahmen des Truppenabzugs über alle Standorte und Bewertungen [sic!] der USA und Alliierten in AFG informieren, also auch über DEU Standorte und Bewegungen. BReg war nicht in die Verhandlungen und ist auch nicht in den ... laufenden ständigen Informationsaustausch zwischen USA und Taleban eingebunden).

Wie gesagt, der Kollege, der Entsprechendes geschrieben hat am 07.04., sagt, es gibt ein „nicht abzuschätzendes Gefährdungspotenzial“, wenn die Taliban die Standorte der deutschen Truppen kennen, was ja darauf hindeutet, dass der BND selber nicht davon ausgeht, dass diese Standortübermittlung keine Gefahr birgt, weil die Taliban sich an das Abkommen halten werden.

Zeuge O. W.: Das Datum ist Ende April 21, wenn ich das richtig verstanden habe?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, 07.04.2020.

Zeuge O. W.: Ja, dürfte ich mir das noch mal angucken, bitte?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, müssen wir einmal kurz raussuchen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge O. W.: Können Sie die konkrete Frage noch mal ganz kurz wiederholen?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Mir ist in Ihren Ausführungen immer wieder aufgefallen, dass Sie den Taliban ein gewisses Vertrauen insofern zubilligen, als dass Sie davon ausgehen, dass sie sich an Vereinbarungen halten und das, was sie ankündigen, auch durch-



Nichtöffentlich

ziehen, also in dem Sinne verlässlich sind, bei allen anderen Probleme, die es gibt. Und jetzt liegt uns eben hier ein Vorhalt vor, aus dem sich ergibt, dass auch diese Vertrauenswürdigkeit aus dem Blick des BND ja seine Grenzen hat, weil ganz wohl ist ja dem Kollegen hier nicht damit, dass die USA die Standorte deutscher Truppen mit den Taliban geteilt haben.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie das Aktenfundstück vielleicht noch nennen?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Es geht um MAT A BND-3.53 VS-NfD, Blatt 250.

Zeuge O. W.: Ja, ich meine, selbst aufgrund unserer Lageeinschätzung, dass die Taliban ihre Abmachung einhalten, wäre es fahrlässig, nicht davor zu warnen, dass es auch mal anders kommen könnte. Und das war hier der Grund, ja? Wir sind davon ausgegangen - und das hat sich auch nachher bestätigt -, dass die Taliban sich wirklich an dieses Abkommen gehalten haben. Sie haben nicht ein Mal, möchte ich mal sagen, nachweislich Coalition Forces angegriffen. Es gab mal einen Mörserbeschuss; aber da weiß man nicht genau: War das gegen die Koalitionskräfte oder gegen die afghanischen Sicherheitskräfte? - Denn es gab ja keine Auflagen, nicht die afghanischen Sicherheitskräfte anzugreifen.

Also, unsere Bewertung war: Sie halten sich dran. - Sie haben sich auch ans Abkommen gehalten.

Nichtsdestotrotz musste man davor warnen, dass - Achtung! - eine genaue Bekanntgabe dieser Standorte und auch der Bewegungen eine Gefährdung bilden könnten; denn wir wissen nicht genau, ob alle Taliban jetzt da auf die Führung hören würden oder vielleicht auch mal so aus eigenem Antrieb was machen könnten. Und deswegen haben wir halt hier gesagt: Achtung, das ist eine Gefährdung, das müssen wir aufgreifen; das müssen wir besprechen, das müssen wir allen sagen.

Im Endeffekt hat diese Bekanntgabe dazu geführt, die Gefährdung zu verringern. Aber wir mussten

halt, um hier nicht fahrlässig zu handeln, auch davor warnen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Das heißt, Sie bestätigen also, dass die Standortweitergabe auch stattgefunden hat.

Zeuge O. W.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann habe ich noch eine letzte Frage, und zwar: Was sich auch aufdrängt jetzt am Ende dieser Befragung für mich, ist, warum an keiner Stelle die Option „Es gibt ein Machtvakuum in Kabul“ sozusagen thematisiert wird. Das hängt sehr eng damit zusammen, dass ich nicht verstehe, warum nach allen Informationen, die Ihnen auch vorlagen, zu Verlusten, Deserteuren, gezielten Tötungen usw. - oder auch, was Sie gerade selber noch mal genannt haben, dass ein Teil der Elite das Geld nach draußen geschafft hat und Visa beantragt hat - - warum sozusagen in der Gemengelage dieser Informationen Sie trotzdem noch davon ausgegangen sind, dass es eine Motivation gibt, dort zu bleiben.

Genau. Wenn Sie da noch kurz zu ausführen könnten, weil das - - Wenn wir es jetzt richtig verstanden haben, gab es erst ein Machtvakuum kurzzeitig, in das die Taliban dann reingestoßen sind in Kabul. Aber dass es überhaupt ein Machtvakuum geben kann, ist uns bisher sozusagen nicht als mögliches Szenario präsentiert worden.

Zeuge O. W.: Ja, das Machtvakuum bestand vielleicht wenige Stunden am 15.08., also einen ganz kurzen Zeitraum, und zwar von dem Moment, wo Ghani* die Taliban gebeten hat oder wo klar war, die US-Botschaft ist abgezogen bis zum Einmarsch der Taliban. - Und das war vorher so nicht zu sehen, dass es hier für diesen kurzen Zeitpunkt dieses Vakuum gibt, weil unser Basisszenario sah ja so aus, dass die Taliban Kabul umschließen, einnehmen wollen und dann in die Stadt kommen.

Das ist richtig: Es gab ein kurzes Machtvakuum. Aber, wie gesagt, das haben die Taliban relativ schnell dann beendet.



Nichtöffentlich

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann danke ich Ihnen erst mal, und vielleicht sehen wir uns ja gleich noch mal unter Geheim. - Aber wir haben jetzt als Grüne erst mal keine weiteren Fragen. Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Ich blicke zur AfD. - Keine. - Und FDP? - Auch keine. Dann sind wir durch.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat, die in nicht eingestufter Sitzung behandelt werden könnten. Ich frage daher: Müssen wir einstufen? - So steht es hier auf dem Sprechzettel. - Ja.

Dann schlage ich folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen O. W. am heutigen Tage wird die Sitzung gemäß § 15 Absatz 1 PUAG in Verbindung mit der Geheimhaltungsordnung des Deutschen Bundestages mit dem Geheimhaltungsgrad Geheim versehen, weil die Kenntnis von der Beweisaufnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde. Für eine spätere Herabstufung des Protokolls wird das Bundeskanzleramt gebeten, die Passagen des Protokolls blau zu markieren, die in seinem Verantwortungsbereich aus seiner Sicht geheim zu halten sind. Für die Protokolle im Übrigen trägt der Ausschuss die Verantwortung.

Wer für diesen Beschluss ist, den bitte ich ums Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Bevor wir die Vernehmung von Herrn W. in eingestufter Sitzung fortsetzen, bitte ich alle Personen, die nicht über eine VS-Ermächtigung des Grades Ü2 oder Ü3 verfügen, den Saal zu verlassen, und alle anderen, in bewährter Übung Laptops, Tablets, Mobiltelefone, Smartwatches, AirPods, Samsung Buds etc. - alle Geräte, die zur Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen geeignet sind - in die entsprechenden Schließfächer zu bringen. Hierfür unterbreche ich die Sitzung für zehn Minuten.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nicht-
öffentlich: 20.59 Uhr - Folgt
Sitzungsteil Zeugenverneh-
mung, Geheim)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen O.W.

Nichtöffentlich

Betreff: 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages
Hier: Protokollkorrekturen des Zeugen O.W. vom 26.01.2023
Bezug: Ihre E-Mail vom 10.03.2023, Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/22 II

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. Schultheiß,



vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls (20/22 II) der Vernehmung vom 26.01.2023. Gerne möchte ich die Möglichkeit nutzen, um wenige Korrekturen vorzunehmen. Diese werde ich im Folgenden als Spiegelstriche aufführen.

- **Seite 13 von 57**, linke Spalte, vierter Absatz (Zeuge O.W.) Mitte **Korrektur:** „Dann hat der Referatsleiter das Produkt frei gegeben und ...“

Sachliche Ergänzung: „Sprechzettel der Leitung für bestimmte Vorhaben (u.a. ND-Lage, Sts-Runden, PKGr-Sitzungen, Öffentliche Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste) wurden in der Regel nach der Freigabe des Referatsleiters über den Abteilungsleiter o.V.i.A. der Leitung vorgelegt.“

- **Seite 26 von 57**, linke Spalte, fünfter Absatz (Zeuge O.W.) **Korrektur:**
„Und nach unseren Post-Mortem Recherchen – also, wir haben ja rückwirkend uns noch einmal alles angeguckt – hat der ehemalige Präsident Karzai zusammen mit Heckmatyar die Taleban gebeten, in die Stadt zu kommen um Chaos, Aufstand und so zu vermeiden.“
- **Seite 53 von 57**, rechte Spalte, vierter Absatz (Zeuge O.W.) **Korrektur:**
„Am 15. hat er (Ghani) dann gesehen, dass die Botschaft zum Flughafen verlegt wurde, und dann hat er entschieden, auszureisen. Der ehemalige Präsident Karzai zusammen mit Heckmatyar hatten dann entschieden, die Taliban in die Stadt zu holen, um Chaos zu vermeiden.“
- **Seite 56 von 57**, rechte Spalte, sechster Absatz (Zeuge O.W.) **Korrektur:**
„Ja, das Machtvakuum bestand vielleicht wenige Stunden am 15.08., also einen ganz kurzen Zeitraum, und zwar von dem Moment, wo Ghani das Land verlassen hat bzw. wo klar war, die US-Botschaft ist abgezogen bis zum Einmarsch der Taliban.“

Mit freundlichen Grüßen

O.W.